

OTTO
KIRCHHEIMER
PREIS



OTTO KIRCHHEIMER-PREIS 2017

VERLEIHUNG

des Otto Kirchheimer-Preises 2017 an

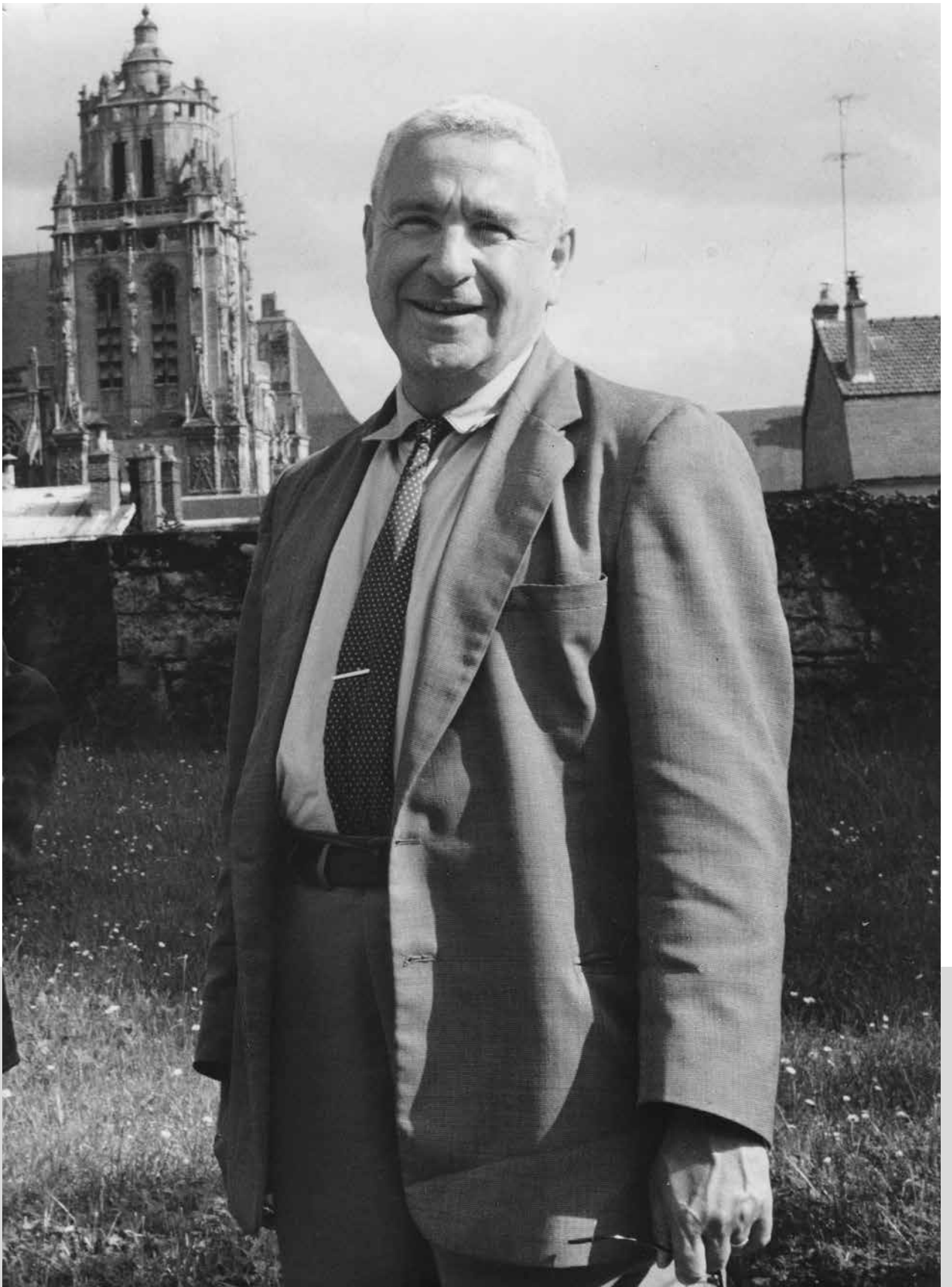
PROFESSOR DR. OSKAR NIEDERMAYER
Freie Universität Berlin

am 10. November 2017 in Heilbronn



Herausgeber: Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
Layout, Satz u. Druck: kuh vadis! Kommunikationsdesign, Talheim
Auflage: 300 Exemplare
ISSN 2568-0293

Schriftenreihe des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. | **Band 2** | Februar 2019



Otto Kirchheimer | 11. November 1905 - 22. November 1965

© Hanna Grossman / Aufnahme Charles David

INHALT

5	Vorwort
7	Programm
9	Begrüßung Harry Mergel
13	Vorstellung Dr. Anton Philipp Knittel
17	Laudatio Professor Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Meyers
21	Preisverleihung Harald Frieze Gudrun Hotz-Frieze
25	Festvortrag „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“ Professor Dr. Oskar Niedermayer
33	Essay „Wieviel Zukunft noch für die Volksparteien?“ Professor Dr. Ulrich von Alemann Professor Dr. Elmar Wiesendahl
43	Interview „Zur Lage der Volksparteien nach Fortführung der Großen Koalition und den Landtagswahlen in Bayern und Hessen“ Dr. Wolfgang Herles Professor Dr. Oskar Niedermayer
48	Preisträger 2015 Professor Dr. Ulrich von Alemann
49	Preisträger 2017 Professor Dr. Oskar Niedermayer
50	Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
52	Satzung Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
57	Beitrittsformular

VORWORT

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. legt mit dieser Broschüre den Band 2 der Schriftenreihe des Fördervereins vor.

In diesem Band werden unter anderem die Grußworte und Reden anlässlich der Preisverleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2017 am 10. November 2017 an Professor Dr. Oskar Niedermayer dokumentiert.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 haben die Fragen aufgeworfen, welche und wieviel Zukunft die Volksparteien noch haben.

Professor Dr. Oskar Niedermayer vertieft diese Fragestellung in seiner Festrede „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“.

Professor Dr. Ulrich von Alemann, der Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015, und Professor Dr. Elmar Wiesendahl sind in einem im Sommer 2018 geschriebenen Essay der Frage nachgegangen, ob die großen Parteien nach der Fortsetzung der Großen Koalition „vor dem Abgrund“ stehen. Sie rufen dazu auf, in der Politik mehr Mut zu zeigen, Profil und Polarisierung zu suchen.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen waren für die Volksparteien ernüchternd: Befinden sie sich im freien Fall? Welche Konsequenzen hat dies für die Parteienlandschaft und die Parteiendemokratie?

In einem Interview mit Dr. Wolfgang Herles analysiert Professor Dr. Oskar Niedermayer diese Wahlergebnisse auch vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2017 und der Bildung einer Großen Koalition.

Damit spannt sich der Bogen dieser Beiträge von der Bundestagswahl im September 2017 über die Bildung der Großen Koalition im Februar 2018 bis zu den Landtagswahlen im Oktober und November 2018 in Bayern und in Hessen.

Der Essay von Professor Dr. Ulrich von Alemann und Professor Dr. Elmar Wiesendahl ist eine Erstveröffentlichung, das Interview von Dr. Wolfgang Herles mit Professor Dr. Oskar Niedermayer ist ein exklusives Interview für den Band 2 der Schriftenreihe des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V..

Wir danken den Autoren für Ihre Beiträge. Der Stadt Heilbronn danken wir für einen großzügigen Druckkostenzuschuss.

Harald Frieze

Vorsitzender
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Alexander Throm MdB

Stellvertretender Vorsitzender
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Rainer Hinderer MdL

Stellvertretender Vorsitzender
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Gudrun Hotz-Frieze

Schriftführerin
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Susanne Bay MdL

Schatzmeisterin
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.



VERLEIHUNG

des Otto Kirchheimer-Preises 2017 an

PROFESSOR DR. OSKAR NIEDERMAYER
Freie Universität Berlin

am 10. November 2017 in Heilbronn

PROGRAMM

Musik

W. A. Mozart (1756-1791)
Menuett für Streichtrio in G-Dur

Begrüßung

Oberbürgermeister Harry Mergel

Laudatio – Professor Dr. Oskar Niedermayer

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Meyers

Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2017

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
Harald Frieze und Gudrun Hotz-Frieze

Musik

I. J. Pleyel (1757-1831)
Romanzo e Rondo für Streichtrio

Festvortrag

Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017

Professor Dr. Oskar Niedermayer

Musik

W. A. Mozart (1756-1791)
aus „Drei leichte Trios“
Trio Nr. 2 in D-Dur, 4. Satz Allegro

Mitwirkende:

**Streichtrio der Kammermusikklasse der Städt. Musikschule Heilbronn
unter der Leitung von Dan Talpan**

Felix Hagenmeyer, Violine

Rafael Brecht, Violine

Julian Rall, Violoncello



Oberbürgermeister Harry Mergel

BEGRÜSSUNG

Nach dem herrlichen Menuett von Mozart für Streichtrio komponiert, gespielt von Felix Hagenmeyer, (Violine), Rafael Brecht (Violine) und Julian Rall (Violoncello) von der Kammermusikklasse unserer Städt. Musikschule, heiße ich Sie alle im Großen Ratssaal zur Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2017 herzlich willkommen.

Unser besonderer Willkommensgruß gilt Herrn Professor Dr. Oskar Niedermayer, dem Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2017.

Ich freue mich, dass wir mit dem diesjährigen Preisträger und dem Premieren-Preisträger **Professor Dr. Ulrich von Alemann** sowie **Professor Dr. Elmar Wiesendahl** drei Koryphäen der vergleichenden Parteienforschung begrüßen zu können. Ein herzliches Willkommen in Heilbronn, auch Ihnen **Dr. Wolfgang Herles**. Man kann wohl mit Recht sagen, dass wir heute eine – mit Verlaub – politische „Elefantenrunde“ beieinanderhaben.

Ein ebenso herzliches Willkommen, Ihnen **Herr Professor Dr. Meyers**, dem Laudator im Jahre 2015, der sich als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates auch heute Abend seiner Aufgabe als Lobredner auf den Preisträger in bekannt souveräner Weise unterziehen wird. Wir sind schon jetzt auf Ihre Laudatio und natürlich auf den Festvortrag von Professor Dr. Niedermayer gespannt, der die Überschrift trägt „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“.

Ein herzliches Willkommen in Heilbronn auch Ihnen, Herr Dr. Wolfgang Herles, dem versierten und in der Politik erfahrenen Journalisten.

Ich freue mich, dass wir mit dieser hochkarätigen Runde im Großen Ratssaal an dem Ort sind, an dem die gewählten Vertreterinnen und Vertreter unserer Stadt ihre Entscheidungen fällen. Unter den 40 Stadträtinnen und -räten sind zwei Mitglieder des Deutschen Bundestages, **Alexander Throm** und **Michael Link** und drei Mitglieder des baden-württembergischen Landtages, **Susanne Bay**, **Rainer Hinderer** und **Nico Weinmann**.

Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sind in Heilbronn also auch auf diese Weise gut verzahnt, ein Umstand, der sicher nicht zum Nachteil der Stadt ist. Auch wenn wir heute Abend mehr die große Politik in den Blick nehmen, müssen wir nach meinem Verständnis immer auch die kommunale und die regionale Ebene im Auge haben.

Ich freue mich, den Bundestagsabgeordneten **Josip Juratovic** und die Landtagsabgeordneten **Susanne Bay** und **Rainer Hinderer** begrüßen zu können. Vielen Dank für Ihr Kommen.

Meine Damen und Herren, mit dem Themenspektrum der heutigen Festveranstaltung könnten wir nicht aktueller sein.

„Otto Kirchheimer, die Bundestagswahl 2017, Parteiendemokratie 4.0 – die Zukunft der politischen Partizipation durch Parteien“ sind quasi die Leitplanken des heutigen Abends und – ich denke – sie bieten auch Orientierung über den Tag hinaus. Denn allenthalben ist vom „Wandel des Politischen“ die Rede. Dabei grundieren Begriffe wie „postfaktisch“, populistisch, „illiberale Demokratie“ oder Schlagworte wie „Niedergang der Volksparteien“ oftmals die Diskussion.

Mit dem Preis in Erinnerung an den großen Heilbronner Staatsrechtler und Nestor der vergleichenden Parteienforschung hat das Ehepaar **Gudrun Hotz-Friese** und **Harald Friese** der Stadt Heilbronn ein wunderbares Geschenk gemacht. Sie beide waren es, die den mit 10.000 Euro dotierten Otto Kirchheimer-Preis, der alle zwei Jahre verliehen werden soll, ins Leben gerufen haben. Schließlich war Harald Friese, lange bevor er nach Heilbronn kam, schon als junger Student in Bonn von den Schriften Kirchheimers fasziniert. Und wie aktuell Kirchheimer noch ist, hat Professor Ulrich von Alemann nicht nur in seiner Festrede 2015 und in seinem Porträt in den „Heilbronner Köpfen“ gezeigt; das ist auch in der Veranstaltung „Profile Südwest“ im vergangenen Jahr in Berlin deutlich geworden. Darüber hinaus gibt es in der wissenschaftlichen Diskussion vermehrt Querverweise auf Kirchheimer, der in Heilbronn zu Unrecht etwas vergessen war.

Otto Kirchheimer wurde 1905 in Heilbronn geboren und starb im Alter von 60 Jahren in Washington DC an einem Herzinfarkt, als er am Dulles Airport ein Flugzeug besteigen wollte. Kirchheimer hatte testamentarisch verfügt, auf dem jüdischen Friedhof im Breitenloch beerdigt zu werden. Seine Heimatstadt Heilbronn trug er offensichtlich bis zum Schluss – trotz Emigration – in seinem Herzen. Seine Heilbronner Wurzeln waren glücklicherweise stärker als die naheliegende Reaktion, mit Deutschland und mit Heilbronn zu brechen.

Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften musste er – jüdischen Glaubens – bereits 1933 nach Frankreich emigrieren. Hier arbeitete er am Horkheimer-Institut. Mit seinem konservativen Doktorvater Carl Schmitt, der zu einem der wichtigsten Juristen in Nazi-Deutschland aufgestiegen war, hatte er bald gebrochen. 1937 emigrierte Kirchheimer in die USA, wo er unter anderem als Professor für Politische Wissenschaften an der Columbia University, New York, lehrte. Von seinen Schriften hallen weitgespannte Impulse bis heute nach.

Meine Damen und Herrn, liebe Festgäste, ich wünsche uns allen einen ebenso angenehmen wie lehrreichen Abend.

Und nun, Professor Meyers, sind Sie an der Reihe.

Wissenschaftsgeschichte, Theorie und Methodologie der internationalen Beziehungen zählen zu Ihren Forschungsschwerpunkten wie Friedens- und Konfliktforschung und Europapolitik. Wir sind gespannt auf Ihre Laudatio.

Harry Mergel ■



Dr. Anton Philipp Knittel

Mir obliegt die ehrenvolle und angenehme, aber nicht ganz leichte Aufgabe, die anlässlich der Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2017 heute in Heilbronn anwesenden „Experten“ vorzustellen.

Ehrenvoll und angenehm deshalb, weil alle weithin anerkannte Fachvertreter sind. Schwierig deshalb, weil jeder eigentlich eine eigene Laudatio verdient hätte.

Zunächst zum **Laudator Professor Dr. Reinhard Meyers**.

Mit dem 1947 in Hannover geborenen Politikwissenschaftler Meyers übernimmt der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. bereits zum zweiten Mal die Würdigung des Otto Kirchheimer-Preisträgers.

Professor Dr. Meyers hat nach dem Abitur in Bonn an der dortigen Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Politikwissenschaft, Anglistik und Geschichte studiert. Er war Forschungsstipendiat der Wiener Library in London, Wissenschaftlicher Assistent bei Professor Dr. Hans-Adolf Jacobsen und Professor Dr. Karl-Dietrich Bracher in Bonn, wo er 1974 mit einer Arbeit über „Britische Sicherheitspolitik 1934 bis 1938“ promovierte. Im Jahr 1986 folgte die umfangreiche Habilitationsschrift „Paradigmata der internationalen Gesellschaft. Perspektiven einer Theoriegeschichte der Internationalen Beziehungen“. Nach Lehrstuhlvertretungen in Trier, Bochum und Marburg folgte 1987 die Professur für Internationale Politik und Außenpolitik an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

Professor Meyers war mehrfach Gastprofessor im französischen Lille. Und er ist zweifacher Ehrendoktor sowie Mitbegründer und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“. Schön, verehrter Herr Professor Meyers, dass Sie erneut als Laudator für den Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. amtieren.

Träger des Otto Kirchheimer-Preises 2017, **Professor Dr. Oskar Niedermayer**, stellt Ihnen der Laudator gleich vor. Herzlichen Glückwunsch schon jetzt an dieser Stelle.

Seinen Vorgänger als Preisträger, **Professor Dr. Ulrich von Alemann**, ehemals Prorektor der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf, muss ich auch nicht mehr ausführlich vorstellen. Gleichwohl seien ein paar wenige Worte gestattet.

Ulrich von Alemann ist im thüringischen Seebach geboren, hat in Münster, Köln, Bonn und Edmonton Politikwissenschaft, Soziologie, Staatsrecht und Geschichte studiert. Er war nach der Promotion in Bonn Wissenschaftlicher Assistent bei Professor Dr. Karl-Dietrich Bracher und Professor an der Gesamthochschule Duisburg sowie an der Fernuniversität Hagen. Schließlich war Ulrich von Alemann von 1998 bis 2012 Lehrstuhlinhaber in Düsseldorf.

Aus seiner immens langen Liste seiner Publikationen und Forschungsprojekten seien nur genannt „Verbände und Staat, Partizipation - Demokratisierung – Mitbestimmung“, „Methodik der Politikwissenschaft“ und „Parteiensysteme im Parlamentarismus“. Von Alemann begründete und leitete verschiedene regionale, nationale und europäische Forschungsinitiativen.

Seit fünf Jahren ist Ulrich von Alemann im Ruhestand, wobei das Wort „Ruhestand“ bei ihm ein Euphemismus ist. Unglaublich, wo er überall aktiv ist und seine Expertise einbringt. Aber eines, meine Damen und Herren, hat er, wenn ich richtig sehe, immer noch nicht geschafft: - einen Uni-Krimi zu schreiben. Denn in einem herrlichen Videoclip, den Sie, meine Damen und Herren, anschauen sollten, in diesem Clip zu seinem Abschied in Düsseldorf, den ihm Kollegen und Studierende gewidmet haben, äußerte er, dass er Lust habe, einen Campus-Krimi zu schreiben.

Apropos: You tube-Clips: Auch von **Professor Dr. Elmar Wiesendahl** finden sich einige im Netz, und wie treffend und auch vorausschauend seine Analysen sind, ging mir vor ein paar Tagen wieder auf. Zur Vorbereitung sah ich mir zu Hause einige an – und habe erst nach einiger Zeit gemerkt, dass es ein Clip zur Bundestagswahl 2009 war. Denn vieles, was er damals festgestellt hat, traf auch auf den aktuellen Wahlkampf zu.

Elmar Wiesendahl ist im Sauerland geboren, hat in Münster und in Hamburg Soziologie, Volkswirtschaft und Politikwissenschaft studiert, hat mit einer Arbeit zu „Parteien und Demokratie“ promoviert und mit einer Untersuchung zur Organisationsbeschaffenheit von Parteien habilitiert. Er war mehrere Jahre wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und Dozent für Soziologie an der Uni Hamburg. Zudem war er Professor an der Uni der Bundeswehr in München und Leiter des Fachbereichs Sozialwissenschaften wiederum an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

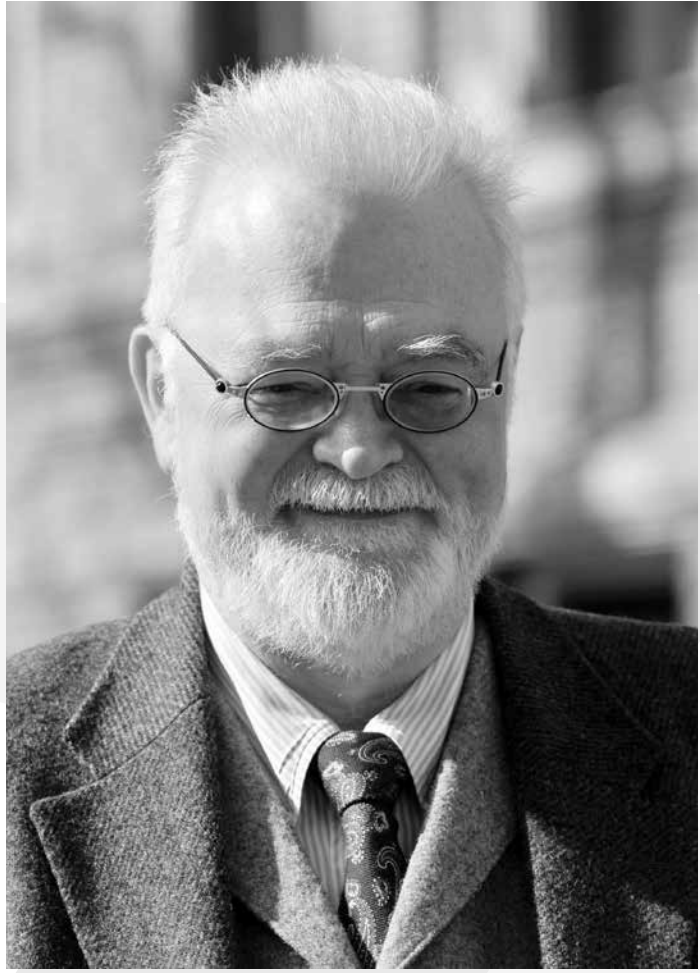
Seit seiner Pensionierung ist Elmar Wiesendahl Geschäftsführer und Gesellschafter der Agentur für Politische Strategie (APOS) in Hamburg. Er hat verschiedene Publikationen zur Parteienforschung vorgelegt.

Besonders erfreulich ist es, dass **Dr. Wolfgang Herles** die Aufgabe des Interviewers auf sich genommen hat. Geboren ist Dr. Wolfgang Herles im Jahr 1950 im Bayrischen Wald. Aufgewachsen in Lindau am Bodensee, Besuch der Journalistenschule in München und Studium der Literaturwissenschaft, der Geschichte und der Psychologie; dann bald Bonner Korrespondent des BR, Redakteur bei Report München und mehrere Jahre Leiter des ZDF-Studios Bonn.

Wolfgang Herles entwickelte und moderierte zusammen mit Klaus Bresser die Sendung „Was nun?“. Der promovierte Literaturwissenschaftler Herles war lange Jahre Leiter des Kulturmagazins „Aspekte“, ist Autor mehrerer Bücher wie „Nationalrausch. Szenen aus dem gesamtdeutschen Machtkampf“, „Geteilte Freude. Das erste Jahr der dritten Republik“, „Das Saumagen-Syndrom“ oder „Dann wählt mal schön“, aber auch von mehreren Romanen, wie „Eine blendende Gesellschaft“, „Fusion“, „Die Dirigentin“ oder „Susanna im Bade“.

Ausgezeichnet mit mehreren Journalistenpreisen, darunter der „Kurt-Magnus-Preis“ und der „Herbert Quandt Medien-Preis“, ist Herles ein vielgefragter Moderator und Diskussionsleiter. Schön, dass Sie da sind.

Dr. Anton Philipp Knittel ■



Professor Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Meyers

„Otto Kirchheimer-Preis“ 2017 an Professor Dr. Oskar Niedermayer

Der Otto Kirchheimer-Preis 2017 wird heute im Rahmen dieses Festaktes an

Professor Dr. Oskar Niedermayer

verliehen.

Ich darf Ihnen den Preisträger kurz vorstellen und die entsprechende Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats knapp begründen.

Professor Dr. Niedermayer, geboren am 22. August 1952 in Schönau bei Heidelberg, studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft in Mannheim, und wurde dort 1982 mit einer Arbeit zum Thema „Europäische Parteien. Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“ bei Max Kaase summa cum laude promoviert. Es folgten die Hochschulassistentenzeit, die Habilitation, und eine Hochschuldozententätigkeit in Mannheim. Dort leitete er von 1988 bis 1993 auch als Direktor das Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS). Zum Sommersemester 1993 übernahm Niedermayer eine Professur für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin sowie damit verbunden die Leitung der Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie/Otto-Stammer-Zentrum. Zum Ende des Sommersemester 2017 wurde er nach einem knappen Vierteljahrhundert äusserst produktiver Tätigkeit in Forschung und Lehre am OSI emeritiert.

Wie Ihnen wahrscheinlich schon bekannt, soll der Otto Kirchheimer-Preis die Erinnerung an den 1905 in Heilbronn geborenen deutsch-amerikanischen Parteienforscher und Staatstheoretiker Otto Kirchheimer wachhalten. Er wird alle zwei Jahre für herausragende Leistungen in der Staats- und Parteienforschung vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. verliehen und ist mit 10 000 Euro dotiert.

Erster Preisträger war 2015 der Düsseldorfer Politikwissenschaftler und Parteienforscher Professor Dr. Ulrich von Alemann.

Niedermayers Schwerpunkte in Forschung und Lehre:

- Vergleichende Regierungslehre, Politische Soziologie, Wahl- und Parteienforschung, Methodenlehre ebenso wie sein überaus umfangreiches wissenschaftliches Oeuvre:
- knapp 40 Buchveröffentlichungen als Autor oder Herausgeber, über 140 Buchbeiträge, über 100 Aufsätze in Zeitschriften, über 80 Internet-Veröffentlichungen, Working Papers, usw. erfüllen die Kriterien für die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises in nachgeradezu perfekter Weise.

Hervorzuheben sind seine empirisch gesättigten Studien

- zur Entwicklung und Veränderung des deutschen Parteiensystems und seiner konstitutiven Bestandteile (nämlich der einzelnen Parteien)
- und zur Mitgliederentwicklung der politischen Parteien, die als Arbeitshefte des Otto-Stammer-Zentrums unter dem Titel „Parteimitglieder in Deutschland“ seit einem Jahrzehnt kontinuierlich jährlich erscheinen
- die von ihm (teils mit-) herausgegebenen, oft mehrfach aufgelegten Bände zur Parteiendemokratie in Deutschland, zur Lage der Parteien nach den Bundestagswahlen 1998, 2002, 2005, 2009, 2013 und zur Entwicklung der Mitgliederparteien;
- die Handbücher zu den Parteiensystemen Westeuropas (2006), zu den Parteiensystemen in den deutschen Ländern (2008), zur Parteienforschung (2013) und zur Rolle der Parteien in Staat und Gesellschaft (2016).

All diese Schwerpunkte werden unterfüttert durch

- Untersuchungen und Darstellungen von Wahlsystemen und Einzelwahlen in Deutschland (kontinuierlich etwa der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus seit 1995),
- durch die Ausweitung der vergleichenden Perspektive auf den europäischen Kontext in der Untersuchung und Darstellung von Europawahlen, europäischen Parteienbünden und der Funktion und des partizipativen Mobilisierungspotentials des Europäischen Parlaments
- und durch vielfältige methodisch-methodologische Überlegungen, die die empirische Parteienforschung um Etliches voranbrachten.
- Ferner: Der weite Blickwinkel des forschenden Vergleichs beschränkte sich nicht nur auf die (alte) Bundesrepublik und Westeuropa, sondern bezog Parteiensystem und politische Kultur zunächst der DDR, dann aber auch der postkommunistischen Systeme Osteuropas in die Analyse mit ein.
- Schließlich: Schon früh – nämlich Ende der 90er Jahre – machte Niedermayer auf den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, die Kanalisierung politischer Unzufriedenheit durch rechtsextreme Parteien, und deren Wählerpotential aufmerksam – ein Themenschwerpunkt, der sich auch in neueren Arbeiten über die AfD widerspiegelt.

Kurz: Wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler hat Oskar Niedermayer die neuere Diskussion um Grundlagen und Strukturen, Leistungen, Defizite und Zukunftsperspektiven nicht nur der deutschen politischen Parteien geprägt; insofern setzt er die von Otto Kirchheimer begründete Tradition würdig fort.

Es wundert denn auch nur wenig, dass Kollege Niedermayer heute Abend zu uns zum Thema „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“ sprechen wird.

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Meyers ■



Harald Friese

PREISVERLEIHUNG

**Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Juratovic,
sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Bay,
sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Hinderer,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

nach der Laudatio, die wir gerade gehört haben, wissen Sie, warum der Vorstand des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. einmütig der Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirates gefolgt ist, den Otto Kirchheimer-Preis 2017 an Professor Dr. Oskar Niedermayer zu verleihen.

Ich begrüße Sie und Ihre Gattin namens des Fördervereins sehr herzlich.

Mein Dank gilt dem Wissenschaftlichen Beirat mit seinem Vorsitzenden **Professor Dr. Reinhard Meyers** und den Mitgliedern **Professor Dr. Ulrich von Alemann** und **Professor Ralf Dr. Kleinfeld**, die ich ebenfalls sehr herzlich begrüße. **Professor Dr. Christhard Schrenk** kann heute leider nicht an der Preisverleihung teilnehmen. Mein Dank gilt auch ihm.

Das Thema Ihres Festvortrages, sehr geehrter Herr Professor Dr. Niedermayer, macht neugierig. Wenn ich das Thema richtig interpretiere, werden Sie die Bundestagswahl 2017 aus der Sicht von Otto Kirchheimer analysieren, also aus der Sicht seiner wohl bekanntesten Aufsätze „**Der Wandel des west-europäischen Parteiensystems**“ aus dem Jahre 1965 mit seiner begrifflichen Neuschöpfung der Catch-all-Parties, von ihm als Allerweltparteien übersetzt, und seines 1966 posthum veröffentlichten Aufsatzes „**Deutschland oder der Verfall der Opposition**“, eine gnadenlose Abrechnung mit der SPD nach Godesberg.

Die spannende Frage stellt sich: Käme Otto Kirchheimer zu den gleichen Aussagen, wenn er heute noch leben würde?

Die Parteienlandschaft bewegt sich. Werden die Volksparteien von einer „Bewegungswelle“ überrollt, von Bewegungen, die kaum einen organisatorischen Unterbau haben und für die innerparteiliche Demokratie ein Fremdwort ist?

Ich denke an Emmanuel Macron mit seinem vordemokratischen Selbstverständnis. Der programmatische Inhalt seiner „La République en Marche!“ lässt sich mit „Emmanuel Macron“ beschreiben. Ich denke an Sebastian Kurz, der die ÖVP, die sich ihm freudig in die Arme warf, als sein politisches Eigentum betrachtet und ich denke an Beppe Grillo in Italien, dessen „Fünf-Sterne-Bewegung“ eine populistische Protestbewegung ist, die sich weigert, politische Verantwortung zu übernehmen. Haben Volksparteien und die Parteiendemokratie noch eine Zukunft?

Ein paar Sätze in eigener Sache. Wir freuen uns, dass es uns gelungen ist, zur heutigen Preisverleihung den Band 1 der Schriftenreihe des „Fördervereins Otto-Kirchheimer-Preis“ vorzulegen. Es ist die Dokumentation einer Veranstaltung der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Berlin im Rahmen der Reihe „Profile Südwest“, in der bekannte und weniger bekannte Baden-Württemberger wie Fritz Baur, Georg Elser, Max Horkheimer und Edzard Reuter in der Bundeshauptstadt vorgestellt wurden.

Diese Dokumentation können Sie am Ende der Veranstaltung mitnehmen. Wenn Sie Mitglied des Fördervereins sind oder Mitglied werden, kostenlos – wenn Sie kein Mitglied sind, auch kostenlos, aber verbunden mit der Bitte um eine Spende als Druckkostenzuschuss.

Der von meiner Frau Gudrun Hotz-Friese und mir ausgelobte Otto Kirchheimer-Preis soll einmal die Erinnerung an einen bedeutenden Heilbronner wachhalten, der als Jurist die Zeichen der Zeit erkannte und 1933 nach Frankreich und 1937 in die USA emigrierte und so seiner Ermordung wegen seines jüdischen Glaubens zuvorkam.

Der Preis soll Wissenschaftler würdigen, die in der Demokratie- und Parteienforschung Zeichen gesetzt haben: gegen die Entpolitisierung der Politik, für eine Stärkung der Demokratie und politische Teilhabe der Bürger.

Der Preis soll eine intensive öffentliche Diskussion über den Zustand unserer Demokratie anstoßen und dazu beitragen, Strategien für eine Stärkung der Demokratie zu entwickeln.

Ich bitte meine Frau mit mir zusammen an Herrn Professor Dr. Oskar Niedermayer die Verleihungsurkunde zu überreichen, die folgenden Wortlaut hat:

In Anerkennung seiner Verdienste um die Erforschung des deutschen Parteienwesens verleiht der „Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.“ an Professor Dr. Oskar Niedermayer den mit 10 000 Euro dotierten Otto Kirchheimer-Preis 2017.

Heilbronn, den 10. November 2017

Harald Friese, Vorsitzender

Alexander Throm MdB, stellvertretender Vorsitzender

Rainer Hinderer MdL, stellvertretender Vorsitzender

Gudrun Hotz-Friese, Schriftführerin

Susanne Bay MdL, Schatzmeisterin



Harald Friese (Vorsitzender Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.),

Prof. Dr. Oskar Niedermayer (Preisträger),

Gudrun Hotz-Friese (Schriftführerin Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.),

Harry Mergel (Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn)

Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn



Professor Dr. Oskar Niedermayer

Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017

Festvortrag zur Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Hotz-Friese,
sehr geehrter Herr Friese,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

dass ich einmal hier stehen würde, um für meine Forschung mit dem Otto Kirchheimer-Preis geehrt zu werden, hätte ich mir nicht träumen lassen. Umso mehr freut es mich natürlich, und ich möchte allen, die an dieser Entscheidung beteiligt und am Gelingen dieses Abends mitgewirkt haben, meinen tief empfundenen Dank aussprechen.

Allerdings muss ich betonen, dass Otto Kirchheimer sich im Grabe herumdrehen würde, wenn er wüsste – also jetzt nicht, wer seinen Preis bekommt – sondern, was durch die Bundestagswahl 2017 aus dem deutschen Parteiensystem geworden ist.

Um diese Aussage zu belegen, möchte ich kurz auf Kirchheimers in den 1960er Jahren entwickelte These von der Transformation der westeuropäischen Parteiensysteme eingehen. Kirchheimer sieht diese Parteiensysteme bis zur Zwischenkriegsperiode von bürgerlich-individuellen Repräsentationsparteien und proletarischen bzw. konfessionellen Massenintegrationsparteien mit voneinander gesellschaftlich und politisch abgeschotteten Anhängerschaften geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch wird ihm zu Folge die individuelle Repräsentationspartei zur Ausnahme und gleichzeitig – ich zitiere – „formt sich die Massenintegrationspartei... zu einer Allerweltpartei ... , zu einer echten Volkspartei, um“. Die Transformation in diesen neuen Entwicklungstypus ist unter anderem charakterisiert durch – ich zitiere – „radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei“, „weitere Stärkung der Politiker an der Parteispitze“, „Abkehr von der Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis“ und stattdessen einer „Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen“. Die Strategie der Volkspartei, „über Gruppeninteressen hinauszugehen und eine Vertrauensstellung bei der ganzen Nation zu erwerben“, bringt ihr Wettbewerbsvorteile, impliziert aber auch eine Schwäche, da dadurch „die Intensität der Anhänglichkeit, die sie erwarten kann, sinkt“.

Soweit Otto Kirchheimer.

Um verdeutlichen zu können, was seine Transformationsthese für die Bundestagswahl und die durch sie bewirkte Veränderung des Parteiensystems bedeutet, muss man zwei Übersetzungsleistungen erbringen: Zum einen muss man seine Aussagen über die verschiedenen Aspekte der Parteientransformation in die Sprache der modernen Wahlforschung übersetzen, um ihre Auswirkungen auf das Wahlverhalten abzuschätzen. Zum anderen muss man verdeutlichen, in welcher Weise die Einzelparteientransformation die Entwicklung der verschiedenen Eigenschaften des Parteiensystems beeinflusst.

Das gängige Modell der Wahlforschung geht davon aus, dass das Wahlverhalten im Wesentlichen durch drei Faktoren geprägt wird: durch zwei kurzfristige Faktoren, die Einstellungen der Wählerinnen und Wähler gegenüber den Spitzenkandidaten der Parteien und den im Wahlkampf diskutierten politischen Inhalten, und einen langfristigen Faktor, die sogenannte Parteiidentifikation.

Als Parteiidentifikation bezeichnet man eine feste, langfristige, auch gefühlsmäßige Bindung an eine Partei. Sie wird in der Regel schon während des Heranwachsens erworben, wobei die Stellung des Einzelnen im sozialen Gefüge einer Gesellschaft und die Einbindung in soziale Gruppen dabei eine große Rolle spielen. Wenn Kirchheimer nun Mitte der 1960er Jahre davon sprach, dass die Transformation zur Volkspartei zwar Wettbewerbsvorteile bringe, aber impliziere, dass dadurch „die Intensität der Anhänglichkeit, die sie erwarten kann, sinkt“, dann hat er damit genau die Entwicklung vorhergesagt, die in den folgenden Jahrzehnten erfolgte, nämlich den Rückgang der langfristigen Bindungen gerade an die beiden Volksparteien. Allerdings sind diese Bindungen nicht verschwunden. Auch heute noch sind etwa drei Siebtel der Wählerinnen und Wähler mehr oder minder stark an die Union oder die SPD gebunden. Das bedeutet nicht, dass die Partei auch immer gewählt wird, aber die Wahlwahrscheinlichkeit ist schon bei einer schwachen Bindung deutlich erhöht.

Otto Kirchheimer hat die Entwicklung vorhergesagt, die in den folgenden Jahrzehnten erfolgte, nämlich den Rückgang der langfristigen Bindungen gerade an die beiden Volksparteien.

Was Kirchheimer seinerzeit mangels empirischer Daten nicht wissen konnte, ist die Tatsache, dass diese langfristigen Bindungen zwischen unseren beiden Volksparteien ungleich verteilt sind: An die Union sind deutlich mehr Wähler gebunden als an die SPD. Aufgrund dieses längerfristigen Wettbewerbsnachteils kann die SPD bei einer Bundestagswahl die Union nur dann schlagen, wenn die beiden Kurzfristfaktoren optimal zu ihren Gunsten wirken – d.h., wenn sie den Wählern ein optimales personelles und inhaltliches Angebot macht – und die Union in beiden Bereichen schlecht aufgestellt ist.

Bei der diesjährigen Bundestagswahl waren diese optimalen Bedingungen allerdings in keiner Weise gegeben: Trotz der großen Verluste der Union landete die SPD 12,4 Prozentpunkte hinter ihr. Die SPD konnte also ihren langfristigen Nachteil nicht durch ein optimales personelles und inhaltliches Angebot an die Wähler wettmachen. Im Gegenteil: Auch die beiden kurzfristigen Wahlverhaltensfaktoren sprachen eindeutig für die Union.

Auch zu diesen Kurzfristfaktoren finden sich bei Kirchheimer wesentliche Aussagen: Die von ihm als Teil der Transformationsstrategie beschriebene „weitere Stärkung der Politiker an der Parteispitze“ lässt sich durchaus auch als Personalisierungsstrategie in Wahlkämpfen lesen. Allerdings ist das Wahlverhalten der Deutschen über die Zeit hinweg nicht durch eine Personalisierung geprägt, das heißt: Die Spitzenkandidaten werden für die Wahlentscheidung nicht systematisch wichtiger, ihre Bedeutung variiert von Wahl zu Wahl und von Partei zu Partei. Ob eine Personalisierungsstrategie einer Partei Vorteile bringt, hängt somit von der Person ab, auf die der Wahlkampf zugeschnitten wird.

Für die Union war Angela Merkel bei der vorletzten Bundestagswahl im September 2013 die ideale Spitzenkandidatin. Ihre Bewertung durch die Bevölkerung blieb auch die nächsten zwei Jahre auf hohem Niveau. Nach ihrer flüchtlingspolitischen Entscheidung vom September 2015 musste sie jedoch einen deutlichen Rückgang ihrer Werte hinnehmen. Die Unionsstrategie im Wahlkampf zielte daher darauf ab, ihr durch ihre Flüchtlingspolitik beschädigtes Image als erfahrene und verlässliche Krisenmanagerin, die Deutschland als Mutter der Nation sicher durch alle Turbulenzen steuert, so gut wie möglich wiederherzustellen. Dabei halfen ihr natürlich die internationalen Entwicklungen mit den Stichworten Trump, Nordkorea, Erdogan usw. Dennoch war die Strategie nur zum Teil erfolgreich. Die Beurteilungswerte Merkels lagen auch am Wahltag noch unter denen vor der Flüchtlingskrise. Aber: Sie waren in allen Aspekten deutlich besser als die ihres Herausforderers.

Martin Schulz war für die SPD zwar kein schlechter, aber auch kein optimaler Kandidat. Einzig in der kurzen, gerade einmal zwei Monate dauernden Phase des sogenannten „Schulz-Hypes“ im Februar und März war er mit Angela Merkel auf Augenhöhe, was vor allem daran lag, dass die Leute ihn zu dieser Zeit sympathischer fanden als die angeschlagene Kanzlerin. Danach gingen seine Werte stark zurück und schon ab April wurde Merkel nicht nur eindeutig als sachkompetenter, führungsstärker und glaubwürdiger angesehen, man brachte ihr auch wieder mehr persönliche Sympathie entgegen als Martin Schulz. Trotz der Einbußen in ihrer generellen Bewertung, die sie wegen ihrer Flüchtlingspolitik hinnehmen musste, lag sie auch hier deutlich vor Schulz, und von Juni bis zur Wahl wollten 55-60 Prozent der Wähler sie als Kanzlerin behalten und nur ein knappes Drittel präferierte den SPD-Kandidaten. Am Wahltag gaben 38 Prozent der Unionswähler an, die CDU bzw. CSU wegen Angela Merkel gewählt zu haben, während sich nur 22 Prozent der SPD-Wähler wegen Martin Schulz für die SPD entschieden. Angela Merkel entfachte also trotz ihrer Schwächung durch die Flüchtlingskrise eine deutlich größere Zugkraft für ihre Partei als Martin Schulz.

Die Transformation zur Volkspartei erfolgt für Kirchheimer durch ein „radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten“ mit dem Ziel, „über Gruppeninteressen hinauszugehen und eine Vertrauensstellung bei der ganzen Nation zu erwerben“.

Der personelle Aspekt steht bei Otto Kirchheimers Transformationsthese allerdings nicht im Vordergrund. Wichtiger sind für ihn die inhaltlichen Aspekte. Die Transformation zur Volkspartei erfolgt in seinen Worten durch ein „radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten“ mit dem Ziel, „über Gruppeninteressen hinauszugehen und eine Vertrauensstellung bei der ganzen Nation zu erwerben“. Das strategische Ziel der inhaltlichen Transformation ist somit die deutliche Verbreiterung des Wählerpotenzials über die traditionellen Kernwählerschaften auf Klassen- oder Konfessionsbasis hinaus.

In einem Parteiensystem mit zwei Volksparteien wie dem deutschen kann dies allerdings nicht bedeuten, dass beide Parteien in der Programmatik und Wähleransprache unterschiedslos und undifferenziert die Gesamtheit der Wählerschaft in den Blick nehmen. Denn einerseits weisen die beiden Parteien unterschiedliche historische Traditionslinien auf, und andererseits zerstört eine völlige Unterschiedslosigkeit die inhaltliche Basis von Wahlerfolgen, weil dann die Begründung fehlt, wieso man die eine und nicht die andere Partei wählen sollte.

Diese Begründung muss in Form unterschiedlicher inhaltlicher Positionen geliefert werden, was zu der Frage führt, um welche Konfliktlinien sich der Parteienwettbewerb eigentlich dreht. In der öffentlichen Diskussion werden die Parteien meist nur auf einer einzigen inhaltlichen Dimension verortet: der Links-Rechts-Achse. Daran gibt es seit Jahrzehnten Kritik, und ich gehöre zu denen, die die Reduzierung der Konfliktstruktur des Parteiensystems auf eine einzige Dimension für nicht sinnvoll halten.

Bei mir gibt es zwei: einen wirtschaftspolitischen Konflikt um die Rolle des Staates im ökonomischen Wettbewerb, der zwischen den Verfechtern der Grundwerte Marktfreiheit und soziale Gerechtigkeit ausgetragen wird, und einen gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Wertvorstellungen zur Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Wenn sie so wollen, gibt es also sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch eine „linke“ und eine „rechte“ Position.

Die Volksparteien müssen bei der Positionierung auf den beiden Konfliktlinien einen schwierigen Balanceakt vollführen: Einerseits müssen sie voneinander unterscheidbar sein, andererseits müssen sie in der Nähe der Mitte bleiben, weil an den Rändern zu wenig Wähler sind. Bei der Unterscheidbarkeit helfen den Parteien ihre unterschiedlichen historischen Traditionslinien, die zu unterschiedlichen Markenkernen geführt haben, d.h. zu unterschiedlichen politischen Kernkompetenzen, die ihnen die Wähler zuschreiben.

Die Volksparteien müssen bei der Positionierung einerseits voneinander unterscheidbar sein, andererseits müssen sie in der Nähe der Mitte bleiben, weil an den Rändern zu wenig Wähler sind.

Der traditionelle Markenkern der Union ist ihre Wirtschaftskompetenz, der Markenkern der SPD ihre Sozialkompetenz. Volksparteien brauchen in ihrem Markenkern die Kompetenzführerschaft in der Bevölkerung. Die SPD muss also vorne liegen, wenn die Bürger danach gefragt werden, welche Partei am ehesten dazu in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Um ihre immer heterogener werdende Wählerschaft optimal anzusprechen, müssen zu diesen Kernkompetenzen aber auch Sekundärkompetenzen bei wichtigen anderen Themen aus den Bereichen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hinzukommen. Die Verbindung von Kern- und Sekundärkompetenzen bildet sozusagen einen Akzeptanzkorridor seitens ihrer Wählerschaft, innerhalb dessen sich die Partei mit ihrem Politikangebot halten muss und den sie nur verlassen kann, wenn sie ihren Wählern dafür sehr gute und nachvollziehbare Gründe liefert.

**Beispiele für das
Verlassen dieses
Akzeptanzkorridors und
die zum Teil gravierenden
Folgen, die dies hatte,
gibt es für beide Parteien.**

Beispiele für das Verlassen dieses Akzeptanzkorridors und die zum Teil gravierenden Folgen, die dies hatte, gibt es für beide Parteien. Bei der SPD ist das vor allem die Agenda 2010, mit der Gerhard Schröder die Partei nach Ansicht eines Teils der Funktionäre, Mitglieder und Wähler der SPD zu weit in Richtung einer marktliberalen Positionierung verschob. Dies führte zu einer Strukturveränderung des Parteiensystems, nämlich einer Westabsplattung von der SPD in Gestalt der WASG, deren Vereinigung mit der damaligen PDS zur Linkspartei und damit der Schaffung einer gesamtdeutschen Konkurrenzpartei zur SPD mit demselben Markenkern der sozialen Gerechtigkeit, die ihr bis heute einen Teil ihres Wählerpotenzials wegnimmt.

Auch Angela Merkel hat ihre Partei durch ihre Rede auf dem CDU-Parteitag 2003 stärker in Richtung marktliberaler Positionen verschoben. Bei der Bundestagswahl 2005 hat sie dafür von dem sozialstaatlich orientierten Teil ihres Wählerpotenzials die Quittung erhalten. Das war der Grund für die nachfolgende „Sozialdemokratisierung“ der CDU. Auch die Positionierung der CDU auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie wurde von Merkel und ihrer Anhängerschaft in der Partei massiv verändert, indem man sich in vielen Bereichen von konservativen Werthaltungen verabschiedete und die Partei somit gesellschaftspolitisch nach „links“ rückte.

Das beste Beispiel ist die Familienpolitik. Dort begann das Abrücken vom konservativen Familienbild schon unter Ursula von der Leyen als Familienministerin und fand seinen Abschluss in der völligen Gleichstellung der traditionellen mit der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Durch diese Positionsverschiebungen konnte die CDU lange Zeit in der Mitte neue Wählerschichten erschließen, ohne nach rechts allzu viele Wähler zu verlieren. Das änderte sich ab dem September 2015, weil Angela Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik den Akzeptanzkorridor seitens eines Teils ihrer Wählerschaft verließ. Dies führte dazu, dass die Union 2016 in den Umfragen etwa ein Fünftel ihres Wählerpotenzials verlor. Sie war nach der Bundestagswahl 2013 zwei Jahre lang auf der Höhe ihres Wahlergebnisses – also bei 40 bis 42 Prozent – geblieben, und stürzte dann auf Werte um die 33 Prozent ab. Das ist übrigens genau der Wert, den sie dann bei der Bundestagswahl erreichte.

Die SPD konnte 2016 vom Rückgang der Unionswerte nicht profitieren, im Gegenteil: sie verlor selbst mehr als ein Zehntel ihres Wählerpotenzials. D.h. sie ging in den Umfragen von rund 25 Prozent auf etwa 21 Prozent zurück, also auch genau auf die Höhe der Wählerunterstützung, die sie – nach dem Abklingen des Schulz-Hypes – bei der Wahl erhielt.

Für die Wähler, die mit der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel nicht einverstanden waren, gab es – weil sowohl die SPD als auch die beiden Oppositionsparteien im Bundestag Merkels Politik unterstützten – nur zwei Alternativen: Sie konnten entweder zu Hause bleiben – das haben sie nicht getan, wie die bei allen Landtagswahlen deutlich steigende Wahlbeteiligung zeigte – oder die Partei wählen, die in Bezug auf die Flüchtlingspolitik ein Alleinstellungsmerkmal im Parteiensystem hatte, und das war die AfD. Daher stiegen deren Umfragewerte 2016 bis auf 16 Prozent. Nach einem zwischenzeitigen Rückgang konnte sie in der Schlussphase des Wahlkampfes wieder zulegen, da die Flüchtlingsproblematik wieder stark die Diskussion bestimmte und am Wahltag von den Wählern als das mit Abstand wichtigste Thema angesehen wurde. Auch bei der Bundestagswahl hat die AfD nicht nur mit Abstand die meisten früheren Nichtwähler mobilisiert, sondern auch Wähler von allen anderen Parteien abgezogen. Per Saldo haben knapp eine Million frühere Wähler der CDU und CSU diesmal AfD gewählt und knapp 900.000 Wähler sind von der SPD und der Linkspartei zur AfD gegangen.

Was bringt Wähler mit so unterschiedlicher politischer Herkunft dazu, für die AfD zu stimmen?

Ich denke, man kann drei Wählergruppen mit sehr unterschiedlicher Motivation unterscheiden: Zunächst einmal zieht eine Partei, die völkisch-nationalistisch bzw. rassistisch und damit rechtsextremistisch argumentierende Personen in ihren Reihen hat, natürlich Wähler mit einem rechtsextremistischen Weltbild an. Allerdings geben empirische Studien Martin Schulz recht, wenn er sagt, dass die Rechtsextremisten innerhalb der AfD-Wählerschaft in der Minderheit sind. Die Mehrheit sind keine ideologischen Überzeugungswähler, sondern Protestwähler, die durch ihre Wahlentscheidung für die AfD den anderen Parteien wegen der Flüchtlingspolitik einen Denkzettel verpassen wollen. Unter den Protestwählern gibt es zwei Gruppen mit unterschiedlichen Motivlagen. Für Wähler mit einem konservativen Staatsverständnis kam der Grenzübertritt von hunderttausenden Flüchtlingen und Merkels Kommentar, man sei zur Kontrolle des Zustroms nicht in der Lage, einem Offenbarungseid von Politik gleich. Denn zu diesem Staatsverständnis gehört, dass der Staat seiner Grundaufgabe nachkommt, die Sicherheit des Staatsvolkes nach innen wie nach außen zu gewährleisten, wozu auch die Kontrolle darüber gehört, wer über seine Grenzen kommt.

Die Mehrheit der AfD-Wähler sind keine ideologischen Überzeugungswähler, sondern Protestwähler.

Für Wähler aus prekären ökonomischen Verhältnissen, für Wähler mit Abstiegsängsten und für Wähler – vor allem aus Ostdeutschland –, die sich vom Staat benachteiligt und alleingelassen fühlten, produzierte der staatliche Umgang mit den Flüchtlingen das Gefühl einer neuen Form von sozialer Ungerechtigkeit. Diese neue Form verbindet ökonomische Verteilungsfragen mit kulturellen Bedrohungs- und Benachteiligungsgefühlen.

Von diesen Wählern wird argumentiert, dass der Staat für seine eigene Bevölkerung zu wenig getan habe, weil angeblich das Geld dafür fehlte. Plötzlich würden nun aber zweistellige Milliardenbeträge für Leute ausgegeben, die in Deutschland nichts erwirtschaftet hätten und zudem noch aus anderen Kulturkreisen kämen, sodass man sich zunehmend fremd im eigenen Land fühle. Diese Wähler lassen auch das Argument von Union und SPD nicht gelten, es gehe durch die Ausgaben für die Flüchtlinge keinem Deutschen schlechter, weil sie der Meinung sind, es könnte ihnen ja viel besser gehen, wenn die Flüchtlinge nicht da wären und man das Geld für die eigene Bevölkerung ausgeben würde.

Weder die Union noch die SPD haben auf die beschriebene Kritik eines Teils der eigenen Anhängerschaft eine überzeugende Antwort gefunden, was dazu beigetragen hat, dass die AfD ihre Wähler nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern auch weit überdurchschnittlich unter der Arbeiterschaft rekrutieren konnte.

Diese und eine ganze Reihe von anderen, hier mangels Zeit nicht verdeutlichten Schwächen der beiden Volksparteien haben bei der Bundestagswahl dazu geführt, dass die Wettbewerbsvorteile, die dieser Parteiotyp nach Kirchheimer auf der Ebene des Parteiensystems hat, nicht zum Tragen kamen.

Denn eigentlich müssten diese Wettbewerbsvorteile zu einem Konzentrationsprozess des Parteiensystems führen, der letztlich in eine Zweiparteienherrschaft mündet. Die hatten wir in Deutschland auch über viele Jahrzehnte, und bei der Wahl von 2013 hat eine erfolgreiche Volksparteienstrategie der Union dazu geführt, dass sie 41,5 Prozent der Stimmen und fast die absolute Mehrheit der Bundestagsmandate erringen konnte. Zusammen mit der SPD hatte man über 67 Prozent der Stimmen und 80 Prozent der Mandate. Diesmal haben beide Parteien zusammen nur noch 53 Prozent der Stimmen und 56 Prozent der Mandate bekommen. Das ist mit Abstand der geringste Wert der bundesrepublikanischen Wahlgeschichte, und der neue Bundestag mit sechs Fraktionen ist das mit Abstand am stärksten zersplitterte Parlament, das wir je hatten.

Die Grabesrotation von Otto Kirchheimer ist also durchaus berechtigt.

Professor Dr. Oskar Niedermayer ■



Professor Dr. Ulrich von Alemann
Professor Dr. Elmar Wiesendahl

Wieviel Zukunft noch für die Volksparteien?

I. Deutschland wird seit Februar erneut von einer Großen Koalition aus klein gewordenen Volksparteien regiert. Anstatt Dynamik und Aufbruchsstimmung zu verbreiten, nistet sich schon von Anfang an Misstrauen in das Bündnis ein. Eine Volksparteienkoalition, bestehend aus Wahlverlierern, hat auf Druck des Bundespräsidenten Walter Steinmeier schließlich doch zusammengefunden und überschreitet mit 53,4 Prozent gerade mal die erforderliche Abgeordnetenmehrheit. In Ostdeutschland kommen auf CDU und SPD nur noch 42 Prozent der Abgeordneten. Bei alledem geht der Politikbetrieb in eingespielter Routine geschäftig seinen Gang. Aber die ihn prägenden Hauptakteure, d.h. die Spitzen der Volksparteien, wirken kompasslos und noch ihre Rolle suchend. Von Leadership keine Spur.

Deutet sich damit das Ende einer Epoche an, die einstmals kraftstrotzende und nun ausgezehnte Volksparteien kannte?

Wird nach dem Zustand und den zukünftigen Aussichten der Volksparteien in Deutschland gefragt, geraten CDU, CSU und SPD ins Blickfeld. Als Volksparteien sind sie ihrem Anspruch nach Großparteien, vorherrschende Marktführer im Wettbewerb um Wählerstimmen. Sie sind nach Wahlen so stark, dass sie unter ihrer Führerschaft eine Koalitionsregierung bilden können. Als Schichten übergreifende Sammlungs- und Integrationsparteien greifen sie die Interessenvielfalt der pluralistischen Gesellschaft auf und streben nach einem Interessenausgleich. Sie sind Garanten der sozialen Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In der Zusammensetzung ihrer Wähler- und Mitgliedschaft spiegelt sich das Sozialprofil der Gesellschaft wider. Denn sie sind keine Klientel- oder Segmentparteien, wie die übrigen im Bundestag.

Volksparteien waren zu ihren Hochzeiten zwischen den 1960er und 1980er Jahren auf Gruppenintegration und sozialen Ausgleich bedachte Interessenrepräsentationsparteien. Deshalb wurde ihnen auch eine Interessenaggregations- und Integrationsfunktion zugesprochen. Die Grenzziehung und Unterscheidbarkeit zwischen ihnen blieb mit ihrer klaren Profilbildung und Verankerung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus und nicht zuletzt in sozialen und gesellschaftspolitisch-kulturellen Streitfragen erhalten.

Die Volksparteien bildeten einst unbestrittene hegemoniale Lagerparteien, deren Sogkraft nur die FDP widerstehen konnte. Alle anderen Kleinparteien der Anfangsjahre wurden ausgesogen. Dies schuf das Fundament für ein epochales ultrastabiles Zweieinhalb-Parteiensystem in der alten Bundesrepublik. Es ging schrittweise zu Bruch, als in den 1970ern die ökologische Frage aufkam und die Großparteien SPD und CDU/CSU an ihrem ökonomischen Wachstumspfad und traditionellen Brot-und-Butter-Politik festhielten.

Unter dem SPD-Kanzler Schmidt spitzte sich der Ökologiekonflikt zu und kulminierte in der Kernkraft- und Nachrüstungsfrage. Die Grünen verdanken dieser Konfrontation ihren parlamentarischen Aufstieg. Die Wählerlager blieben gleichwohl intakt, weil sich mit Beginn der Kohl-Ära ab 1982 ein schwarz-gelbes und ein rot-grünes Blockparteiensystem etablierte. 1998 führte dies zum ersten erfolgreichen rot-grünen Machtwechsel.

Die Zersplitterung des linken Lagers schritt indes weiter fort, als die neoliberale Agenda der 2010-Reformen des SPD-Kanzlers Schröder große Teile der Stammwähler der Partei in die Arme der Neugründung „Die Linke“ trieb. Die Balkanisierung des linken Parteienlagers geschah erneut auf Kosten der SPD, die in einen Abwärtsstrudel des Wählerzuspruchs gerissen wurde. Um den Erhalt ihres Volksparteienstatus steht es nicht gut, seitdem sie unter das 25 %-Niveau abgesackt ist. Auf Landesebene hat sie, vor allen Dingen in Ostdeutschland, die Volksparteienmesslatte bereits unterschritten. Dass sie noch eine Parteienkoalition unter ihrer Führung anzustreben vermöchte, befindet sich mittlerweile jenseits ihrer machstrategischen Reichweite. Die Messlatte für eine Volkspartei ist allerdings keine konkrete Prozentmarke, sondern die Breite von Wähler- und Mitgliedschaft sowie das Programmspektrum.

Die Unionsparteien waren so lange vor diesem Niedergang gefeit, wie sich das bürgerliche Lager hinter sie als Hegemonialpartei scharte. Zusammen mit der FDP konnten sie sogar zwischen 2009 und 2013 nochmals eine bürgerliche christlich-liberale Koalitionsmehrheit erzielen. Erst die libertär-humanitäre Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel ab 2015 erzeugte erstmals für die Nachkriegszeit im bürgerlichen Lager einen tiefen Riss, der den Aufstieg der AfD beförderte. Sie bedrängt die Union von rechts und macht ihr erfolgreich die Alleinvertretung des bürgerlich-konservativen Lagers streitig. Nun geht es auch mit der CDU/CSU abwärts. Sie hält sich aber stabil über 30 Prozent Stimmenanteil, so dass bisher niemand an ihr als Anführerin jedweder Koalition vorbeikommt.

Die libertär-humanitäre Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel ab 2015 erzeugte erstmals für die Nachkriegszeit im bürgerlichen Lager einen tiefen Riss, der den Aufstieg der AfD beförderte.

II. Volksparteien stellten seit je im internationalen Vergleichsmaßstab einen Sonderfall westdeutscher Nachkriegsentwicklung dar, der politisch dem antitotalitären Verfassungskonsens der Nachkriegsdemokratie geschuldet war und von dem sie zugleich in ihrem Aufstieg profitierten. Dieser wehrhafte Abwehr- und Schließungskonsens brach zur Linken hin auf, als mit der deutschen Einheit die PDS und daraus hervorgehend Die Linke nicht mehr politisch ausgrenzbar das volksparteilich dominierte Parteienspektrum gesamtdeutsch erweiterte. Nun ging es im wehrhaften parteiendemokratischen Schulterschluss nur noch gegen rechts. Diese Brandmauer stürzte ein, als die AfD erfolgreich von rechts in die flüchtlingspolitische Repräsentationslücke einbrechen konnte.

Damit gehört das volksparteilich dominierte zentripetale Konsensparteiensystem Deutschlands der Vergangenheit an.

Es transformiert sich zu einem immer noch mittigen Axialsystem mit linken und rechten Flügelparteien. Deutschland geht damit den Weg der europaweiten Normalisierung. Trotz aller Erosion ist es aber noch weit vom Mitregieren rechtspopulistischer Kräfte wie in Italien, Österreich, Niederlande, Teile Skandinaviens sowie im Grunde auch der Schweiz, entfernt.

Das Besondere an Volksparteien ist, dass sich unter ihrem Dach die Berufspolitikerpartei und die Mitgliederpartei organisatorisch vereinigen.

Das Besondere an Volksparteien ist, dass sich unter ihrem Dach die Berufspolitikerpartei und die Mitgliederpartei organisatorisch vereinigen. Was die Hausgemeinschaft angeht, hat sich die Profi-Partei zum Hauptbewohner aufgeschwungen, während die „Party on the Ground“ auf die Hausmeister- und Dienstbotenebene abgedrängt wurde. Den Mitgliedern unten steht indes keine Räumung ins Haus, weil sie als „cheerleader“ für das Campaigning weiterhin gebraucht werden. Auch um aus Legitimationszwecken auf die zivilgesellschaftliche Verbundenheit verweisen zu können, ist die Mitgliederpartei für die Berufspolitikerpartei weiterhin unverzichtbar. Das Bundesverfassungsgericht hat immer wieder die „Verwurzelung“ der Parteien in der Gesellschaft gefordert. Aber als ein Ort der inklusiven Politikgestaltung und des bürgerschaftlichen Engagements und Einflusses von unten nach oben sind Volksparteien nicht mehr gefragt.

Dass Berufspolitikerparteien hierfür als Partizipationskanal offenstehen, wollen ihnen Aktiv-Bürger/innen nicht mehr abnehmen. Deshalb haben sich die Mitgliederzahlen der Volksparteien mittlerweile halbiert. Und die jüngeren Organisationsreformen der SPD von 2011 und der CDU von 2016 zur Attraktivitätssteigerung der Mitgliedschaft verpufften. Nun im neuen Anlauf an die „Erneuerung“ und die Programmarbeit zu gehen, wird vor diesen Hintergrund als pseudopartizipatorische Beschäftigungstherapie verbucht werden. Wieviel innere Reformaufbrüche und heilige Schwüre hat es in den deutschen Volksparteien in den letzten 25 Jahren schon gegeben?

III. Die Volksparteien waren in ihrem Binnenleben Multiinteressenparteien, die mit ihren Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften der Interessenvielfalt heterogener Gruppen innerparteilich und nach außen gerichtet eine Plattform gaben. Innerparteiliche Willensbildung hieß, einen Ausgleich zwischen den repräsentierten Gruppeninteressen zu finden. Ihr Motto hieß wie bei großen Warenhäusern: „Tausendfach, alles unter einem Dach.“ Formal zeigen im Organisationsaufbau SPD und CDU/CSU auch heute noch unverändert diese Struktur. Nur ist mit dem Wandel der Volksparteien zu professionalisierten Berufspolitikerparteien ihr Multiinteressenprofil substantiell ausgehöhlt worden. In der Folge gibt es keine Politikfelder mehr, die für die Vertreter der dahinterstehenden Interessen eine Policydomäne bilden würden. Den Wirtschafts-, Arbeits-, Agrar-, Verbraucher- und Umweltminister stellt der oder die, die als Berufspolitiker ihre Karriere mit einem ministeriellen Spitzenamt krönen. Die organisierte Vertretung und Repräsentation der Gruppengesellschaft in den Volksparteien bildet nur noch eine Fassade.

Nach außen hin nahm ihre klassische Interessenrepräsentation von pluralistischen Gruppeninteressen ebenfalls Schaden. Dadurch haben SPD, CDU und CSU ihren volksparteilichen Charakter ein Stück weit preisgegeben. Wie es noch paradigmatisch bei der CDU heißt, die Wählerschichten übergreifend vertreten zu wollen, ist in Wirklichkeit ihr Anspruch erlahmt, als Sammlungs- und Integrationsparteien Bündnisse zwischen heterogenen Wählergruppen zu schließen. Insbesondere SPD und CDU, weniger die CSU, haben sich auf eine marktbasierende Wettbewerbsstrategie eingelassen, die nach dem Rat von Demoskopern bei Wahlen die größtmöglichen Stimmenerträge liefern sollte. Ihnen wurde eingepflichtet, sich ausschließlich auf diejenige Wählerschaft auszurichten, die sich von ihrer Selbsteinstufung als sogenannte Medianwähler in der Mitte einer Links-Rechts-Achse lokalisieren würden. Die Links- oder Rechtswähler jenseits der Mitte seien dagegen numerisch zu vernachlässigen. Sich selbst habe man als Partei in der Mitte der Achse zu positionieren, weil die dortige Mitte-Wählerschaft jener Partei die Stimme gäbe, die zu ihr die geringste ideologische Distanz aufweise. Dies ist der Grund, warum die Merkel-CDU unter dem Label der „Sozialdemokratisierung“ zur Mitte hin gezielt in grüne und rote Wählerkreise einbrach.

Insbesondere SPD und CDU haben sich auf eine marktbasierende Wettbewerbsstrategie eingelassen, die nach dem Rat von Demoskopern bei Wahlen die größtmöglichen Stimmenerträge liefern sollte.

Infolgedessen setzte ein Gerangel um die Mitte- und Neue-Mitte-Position ein, das die Volksparteien im Profil immer ähnlicher und austauschbarer machte. Dabei haben die Volksparteien mit ihrem Angleichungskurs ihre übergreifende Sammlungs- und Integrationsfunktion preisgegeben und buhlen nun als Mainstream-Parteien um die magische Mitte.

Mit ihrem verengten Vertretungsanspruch von Wählern/innen haben sie an Glaubwürdigkeit und Vertrauen eingebüßt. Um vermeintlich Stimmen zu maximieren, haben sie sich gegenüber ihrer Stammwählerschaft schäbig benommen. Die vernachlässigten Wählerkreise machen dieses Spiel seit geraumer Zeit nicht mehr mit. Sie fühlen sich politisch nicht mehr vertreten. Sie zahlen es ihren untreuen Mainstream-Parteien verstärkt mit einem Hang zu Protestwahlen heim und - entfremdet wie sie sind - wandern sie zu den linken und rechten Randparteien. Auch wenn die mittigen Catch-all-Parteien ungebundenen Wechselwählern/innen wie Lemminge nachgelaufen sind, gelang es ihnen nicht, sie ersatzweise als stabilen Wählerstamm dauerhaft an sich zu binden.

So wurde die Stammkundschaft vergrätzt und die umworbene Laufkundschaft geht weiter ihre Wege. Sie kann sich einer erweiterten Angebotspalette von Konkurrenzparteien bedienen, die ihr ein Stimmen-Hopping ermöglicht. Als mittige Mainstreamparteien haben die Volksparteien ihre alte Anziehungskraft und Einbindungsstärke verloren. Auch die beiden Warenhauskonzerne Kaufhof und Karstadt plagen ähnliche Probleme der schrumpfenden Bindung ihrer Kunden, die nun lieber in Boutiquen oder Flagshipstores laufen.

IV. Es gab mal eine Zeit, da ließen sich die Volksparteien in Reminiszenz auf ihre Vergangenheit als Lagerparteien und politische Tendenzbetriebe mit einer sie klar unterscheidenden Weltanschaulichkeit und Standortdifferenz in Verbindung bringen. Dies ist bis auf die schal gewordenen Signalwörter wie christliche Werte oder soziale Gerechtigkeit eingedampft worden. Nur die CSU tut sich jüngst in ihrer Angst vor der AfD in bizarrer übergreifiger Form hervor und ereifert sich, eine konservative Revolution für Deutschland einleiten zu wollen.

Was die Übersetzungs- und Repräsentationsleistung der Volksparteien gegenüber der gesellschaftlichen Konfliktstruktur angeht, zeigen sie defizitäre Züge.

Was die Übersetzungs- und Repräsentationsleistung der Volksparteien gegenüber der gesellschaftlichen Konfliktstruktur angeht, zeigen sie defizitäre Züge. Sie haben sich auf zwei zentralen Konfliktfeldern ihrer ausgleichenden Repräsentationsaufgabe entzogen, was tiefe gesellschaftliche Spuren hinterlässt. Sie haben mit ihrer neoliberalen Wende seit den frühen Nuller Jahren zu mehr Ungleichheit und zur vertieften sozialen Spaltung der Gesellschaft beigetragen. Sie haben die Entstehung ökonomisch abgehängter Schichten, sogenannte Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverlierer, politisch gestützt und die Scherenbildung zwischen Arm und Reich mit gefördert. In der Banken- und Weltwirtschaftskrise von 2008 haben sie dem weit verbreiteten Eindruck nicht entgegengewirkt, dass der globalisierte Finanzkapitalismus das Sagen hat und sich die Politik als marktkonforme Demokratie an ihn anpasst. Die Verantwortung für das wachsende Wahlbeteiligungsgefälle zwischen Arm und Reich geht ebenfalls zulasten der Volksparteien.

Dann geht es um die Auslösung eines Kulturkonflikts, wobei sie durch ihre polarisierende libertär-humanitäre Flüchtlingspolitik die Gesellschaft spalteten. Mit der überhitzten politischen Polarisierung stößt die von den Mainstreamparteien propagierte bürgerlich-liberale, aufgeklärte, weltoffene Konsens-Demokratie mittlerweile auf von der Mehrheitsgesellschaft getragenen Widerstand. Der entlädt sich revoltierend in Wahlprotest und lenkt Wasser auf die Mühlen des organisierten Rechtspopulismus.

Die Volksparteien haben auf einen trendigen Zeitgeist und auf eine Anbiederung an die Moderne gesetzt, der ihren Instinkt für das Ungleichzeitige der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung verkümmern ließ. Selbst in ihrer Zusammensetzung auf die Aufsteigergruppen der Moderne verengt, machten sie sich einseitig mit den kosmopolitisch-libertären Gewinnergruppen der Globalisierung gemein und übersahen dabei die nicht auf der Modernisierungswelle surfenden, an traditionellen Wertvorstellungen hängenden und verharrenden Bevölkerungsgruppen.

Mitverantwortlich für die wachsende ökonomische und kulturelle Spaltung der Gesellschaft und den schwindenden Zusammenhalt lassen ihre Kapazitäten nach, so wie früher Wähler mobilisieren und an sich binden zu können. Einerseits hat das damit zu tun, dass die Wählerlandschaft mit der Auflösung fester Lagerstrukturen in einen Fließzustand übergegangen ist. Seitdem haben die Großparteien das Risiko von Erdrutschwahlen zu vergegenwärtigen. Dass es zur Lagererosion gekommen ist, haben sie sich andererseits selbst mit ihrem Vermarktlichungstrend der Wählerbeeinflussung zuzuschreiben. Sie leisten nicht mehr kollektiv gemeinschaftsbildende und sinngebende Beziehungsarbeit, sondern sprechen Wähler/innen nur noch als vereinzelte individuelle Träger von demoskopisch erhobenen Politikpräferenzen an.

Parteibindungen sind in Deutschland entgegen landläufiger Meinung noch recht weit verbreitet. Nur sind sie nicht mehr so sattelfest und hindern Parteianhänger/innen längst nicht mehr daran, die nahestehende Konkurrenz zu wählen. Insgesamt ist das Wahlverhalten launischer und volatiler geworden. Die Volksparteien fördern diesen Prozess, seitdem sie von der elektoralen Schwergewichts- in die Mittelgewichtsklasse abgestiegen sind. Um Regierungsmehrheiten zustande zu bringen, müssen jenseits einer Großen Koalition Dreierbündnisse geschmiedet werden. Sie verlangen von den potenziellen Partnern, die traditionelle Lagerstruktur des Parteienwettbewerbs und Lagerwahlkämpfe zu überwinden. Die neue Wettbewerbslogik der Volksparteien verlangt, von Differenz auf Konvergenz und Konsens umzuschalten, um Lagerkoalitionen in thematische Schnittmengen-Koalitionen überzuführen. Klare Richtungskonkurrenz schadet koalitionspolitischen Manövrierspielräumen. Themen-Scharmützel ersetzen den Konfliktaustrag um alternative politische Gestaltungsvorstellungen.

**Insgesamt ist
das Wahlverhalten
launischer und
volatiler geworden.**

V. Bei der Bundestagswahl 2017 wurde erstmals das daraus resultierende „Jeder-mit-jedem“-Spiel praktiziert, was sich als koalitionsfreier Wahlkampf darbot. Bei der Kräfteasymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD spielt dies den Unionsparteien einen strategischen Vorteil als Kanzlerpartei zu, weil ihr grundsätzlich keine Option zur Koalitionsbildung mehr verbaut ist.

Dagegen ist der SPD mit ihrer desaströsen Wählerschwäche jegliche Machtperspektive jenseits der Großen Koalition verloren gegangen, zumal sie eine rot-rot-grüne Koalition ausschließt, was mittlerweile nicht einmal mehr für eine Mehrheit reicht. Koalitionstaktisch kalkulierende SPD-Anhänger lassen die Sozialdemokraten verstärkt links liegen, um ihre Stimmen nicht an eine Verliererin des Koalitions Gewinnspiels zu vergeuden.

Es sind die parteigebundenen Wählerinnen und Wähler, die bei diesem Koalitionsbildungsreigen das Nachsehen haben. Wählen sie ihre angestammte Partei, gehen sie ein Lotteriespiel ein, weil es mit ihrer Stimmabgabe zu unerwünschten lagerübergreifenden Konstellationen kommen kann, die ihnen zuwider sind. Die immer noch vorhandene Lagerstruktur der Wählerlandschaft wird durch die Koalitionsoffenheit der Parteienlandschaft nicht mehr korrespondierend abgebildet.

Die Berliner Republik durchläuft eine Phase des Übergangs ohne durchdachten Umbauplan oder erkennbar autorisierte Bauleitung. Vor Reformen wird zurückgeschreckt, dafür fehlen Vision, Courage und Inspiration. Es gibt kein Aufbruchsklima. Perspektivlos befinden sich Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik in einem richtungslosen Schwebezustand. Schon gar nicht kann in dieser Situation von den kränkelnden Volksparteien Wegweisung in eine verheißungsvolle Zukunft erwartet werden. Sie befinden sich selbst in einem Identitäts- und Richtungskonflikt, ohne der Baustelle Deutschland als strategisch selbstgewisse Baustellen-Führer dienen zu können. Stattdessen reagieren sie risikoscheu mit einem Rückfall in die Schönwetterzeit der Volksparteien und beglücken die Wähler mit die Nachfolgenerationen belastenden konsumtiven Wohltaten.

**Die Volksparteien
befinden sich
chronisch auf Talfahrt.
An ein Revival ist
nur schwer zu denken.**

Die Volksparteien befinden sich chronisch auf Talfahrt. An ein Revival ist nur schwer zu denken. Stattdessen machen sich Alterungsbeschwerden bemerkbar. Nach Aufstieg und Hochzeit haben die Volksparteien leichtfertig Erfolgspotenziale aus dem Blick verloren, die ihnen einen Wiederaufstieg ermöglichen könnten. Ihre Ausstrahlungs- und Anziehungskraft in der Wählerschaft hat stark nachgelassen. Die durch ihr eigenes Versagen bei der Interessenrepräsentation aufgepöpelte Konkurrenz setzt ihnen immer stärker zu und verhindert, dass sie zu alter elektoraler Marktführerschaft zurückfinden könnten. Bei der Angebotsvielfalt eines Sechs- oder Siebenparteiensystems sind die Wähler längst auf den Geschmack gekommen und wissen die erweiterte Menü-Auswahl wählerisch zu nutzen. Noch können sie im Wettbewerb mit Newcomern ihre Führungsposition im Wählermarkt halten. Dies gilt uneingeschränkt für CDU und CSU. Die SPD muss mit ihrer sich verstärkenden Wählerschwäche befürchten, selbst vom zweiten Platz des Rankings verdrängt zu werden.

Die Parteienliteratur sprach den Volksparteien noch die Fähigkeit zur Kartellbildung zu. Die Entwicklung spricht dieser These Hohn, zumal sie ihre alte Machtstellung längst mit Newcomer-Parteien teilen müssen. Zwar wird dadurch ihre Anführerrolle bei Multiparteien-Koalitionen noch nicht ernsthaft infrage gestellt. Indes führt die SPD ein brüchiges, balkanisierendes Mitte-Links-Parteienlager an, dass durch innere Koalitionsblockade von einer Machtperspektive weit entfernt ist.

Der Stellenwert der Volksparteien als Aufstiegskanal für ambitionierte Politiker bleibt dagegen erhalten, solange sie über das Vorgriffsrecht auf öffentliche Führungsämter verfügen. Dagegen haben sie als Mainstreamparteien ihren Anspruch auf pluralistische Interessenrepräsentation und Interessenausgleich preisgegeben. In der Flüchtlingsfrage versagen sie nach wie vor, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Der Rechtspopulismus setzt den verunsicherten Volksparteien so lange weiter zu, wie sie sich nicht den die Wählerschaft bedrückenden Problemen und ihren Lösungen zuwenden, deren Vernachlässigung den Aufstieg der AfD erst ermöglichte. Die Dämonisierung der politischen Parias greift jedenfalls ins Leere.

Kein Lichtblick? Nur ein doppelt relativer.

Einerseits ist die Parteienliteratur seit je ein Hort der Krisenbeschwörung: Vom ehernen Gesetz der Oligarchie durch Robert Michels von 1911 über die Parteien in der Legitimationskrise von 1972 bis zu den Volksparteien als Ratlose Riesen von 1989. Die deutschen Volksparteien haben sich immer wieder gehäutet. Anscheinend haben sie sieben Leben.

Andererseits war die Lage nach der letzten Wahl noch nie so ernst. Wenn beide nach einer nächsten Wahl nur einen halb so großen Verlust einfahren, haben sie keine Mehrheit mehr. Die desaströse Situation der großen Parteien in den europäischen Nachbarstaaten spendet erst recht keinen Trost.

Was gilt also: Es ist noch immer gut gegangen? Oder stehen die großen Parteien vor dem Abgrund? Hat Deutschland nur einen Zeitaufschub? Was tun?

Vielleicht hilft zumindest eines: Politisch werden. Profil und Polarisierung suchen. Mut zeigen, statt ständig Vorsicht walten zu lassen, wie Angela Merkel, unser aller Mutter der Porzellanbox, es ungerührt weiter zelebriert.

9. Juni 2018

Professor Dr. Ulrich von Alemann ■
Professor Dr. Elmar Wiesendahl ■



Dr. Wolfgang Herles
Professor Dr. Oskar Niedermayer

Zur Lage der Volksparteien nach Fortführung der Großen Koalition und den Landtagswahlen in Bayern und Hessen.

Interview von Dr. Wolfgang Herles mit Professor Dr. Oskar Niedermayer

Dr. Herles: Haben die sogenannten Volksparteien die richtigen Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahlen gezogen?

Prof. Dr. Niedermayer: Eher nicht. Kanzlerin Merkel hat trotz der dramatischen Niederlage der Union geäußert, sie könne nicht erkennen, was man jetzt anders machen müsste. Und in den Monaten danach wurde in der CDU mit dem Argument, man müsse jetzt nach vorne schauen und die Regierungsbildung vorantreiben, eine die Probleme offen ansprechende Analyse vermieden. Das gilt insbesondere für den wesentlichen Grund der Niederlage, die Flüchtlingspolitik, die sie seither immer wieder einholt: im Sommer durch den Streit zwischen CDU und CSU und jetzt dann wieder im Rahmen des Kampfes um Merckels Nachfolge als Parteivorsitzende. Bei der CSU hat dieses Problem Seehofer letztlich sowohl sein Amt als bayerischer Ministerpräsident als auch als Parteivorsitzender gekostet.

Dr. Herles: Und wie war es bei der SPD?

Prof. Dr. Niedermayer: Der damalige Vorsitzende, Martin Schulz, hat mit Rückendeckung des Vorstands unmittelbar nach der Wahl eine erneute Koalition mit der Union kategorisch ausgeschlossen. Das war angesichts der Tatsache, dass die SPD nicht sich selbst, sondern Frau Merkel und der Großen Koalition die Schuld für ihre Niederlage gab, auch verständlich. Allerdings gab es nur eine weitere politisch halbwegs realistische Option für die Bildung einer Mehrheitsregierung. Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen hätte man daher erkennen müssen, dass sich die SPD dem Druck, Gespräche über eine erneute Große Koalition aufzunehmen, nicht mehr verschließen konnte. Dennoch blieb man zunächst bei dem kategorischen Nein und vollzog dann eine Wende, die nicht nur vom linken Flügel heftig bekämpft wurde. Spätestens nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen hätten die Chaostage in der Parteiführung beendet sein müssen. Dann beging Schulz jedoch einen zweiten Wortbruch und wollte Außenminister werden, obwohl er vorher ein Ministeramt unter Merckels Kanzlerschaft mehrfach kategorisch ausgeschlossen hatte. Danach gingen die Umfragewerte der SPD auf historische Tiefstwerte herunter.

Dr. Herles: Bildet der Diskurs innerhalb der Volksparteien die aktuellen Großkonflikte - Migration, technologische Umwälzungen - adäquat ab?

Prof. Dr. Niedermayer: Da sehe ich bei den beiden von ihnen angesprochenen Themen große Unterschiede. Das Migrationsproblem ist für die Deutschen zwar nicht mehr wie 2015 und 2016 das einzig überhaupt wichtige, aber weiterhin mit großem Abstand zu anderen Themen das wichtigste Thema, wie auch die neuesten Umfragen wieder zeigen. Es ist daher richtig, dass dieses

kontroverse Thema in den Volksparteien diskutiert wird, und der Diskurs innerhalb dieser Parteien bildet, im Gegensatz zur Haltung z.B. von Grünen und AfD, durchaus die Bandbreite der Positionen und die Komplexität des Themas ab. Bei den technologischen Umwälzungen, also vor allem der Digitalisierung, sehe ich hingegen einen großen Nachholbedarf, zum einen in der Relevanzzumessung durch die Bevölkerung und die Parteien und zum anderen in den konkreten politischen Maßnahmen, die Deutschland in diesem Bereich wieder nach vorne bringen sollen.

Dr. Herles: Bleiben wir bei den politischen Konflikten: Ist links-rechts noch ein hinreichendes Unterscheidungsmerkmal der Volksparteien?

Prof. Dr. Niedermayer: Ich habe schon immer zu denjenigen gehört, die die Reduktion der gesellschaftlichen und parteipolitischen Konflikte auf eine einzige Dimension, den Links-Rechts-Gegensatz, abgelehnt haben. Die politischen Diskussionen in der Bundesrepublik wurden seit jeher durch eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Konfliktlinie bestimmt, die auf unterschiedlichen Wertgrundlagen fußen und sich im Laufe der Zeit gewandelt haben. In neuerer Zeit haben wir es im ökonomischen Bereich mit dem Sozialstaatskonflikt zwischen den Grundwerten soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit zu tun, der sich um die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Wettbewerb dreht, also um die Frage, ob der Staat durch Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Benachteiligten in den Wettbewerb eingreifen soll, um für soziale Gerechtigkeit im Sinne von mehr Gleichheit zu sorgen, oder nicht. Im gesellschaftspolitischen Bereich dreht sich der Konflikt um die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens, vor allem in den Bereichen Ehe, Familie, kulturelle Identität und Migration. Hier stehen progressiv-liberale, multikulturell und globalorientierte Wertvorstellungen auf der einen und konservative bis hin zu autoritären, die nationale Identität und Kultur betonende Werte auf der anderen Seite. Wenn man das Links-Rechts-Konzept retten will, könnte man daher sagen, dass es im ökonomischen und im gesellschaftspolitischen Bereich jeweils eine linke und eine rechte Position gibt.

Dr. Herles: Geht die Spaltung in Bezug auf diese Konfliktlinien quer durch die Volksparteien?

Prof. Dr. Niedermayer: Ja, und zwar notwendigerweise, weil Volksparteien unterschiedliche Wählergruppen ansprechen müssen und sich daher nicht völlig einseitig auf eine Seite der Konflikte schlagen können. Daher gibt es in den Parteien auch unterschiedliche Flügel und Organisationen, die die Interessen unterschiedlicher Gruppen vertreten. Das macht ihnen natürlich Probleme, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, wie die innerparteilichen Diskussionen über eine inhaltliche Erneuerung zeigen.

Dr. Herles: Ist das konsensorientierte „Geschäftsmodell“ Volkspartei überhaupt überlebensfähig?

Prof. Dr. Niedermayer: Die pluralistische Demokratie lebt davon, dass im Rahmen des politischen Diskurses die differierenden Interessen, Bedürfnisse und Wertvorstellungen verschiedener Gruppen nicht nur zum Ausdruck

gebracht, sondern auch gebündelt, zusammengefasst, gewichtet und letztlich zu einer gemeinsamen Position verdichtet werden, die dann in politische Maßnahmen umgesetzt werden kann. Das kann meiner Meinung nach nicht allein durch Aushandlungsprozesse, in der Regel im Rahmen von Koalitionsverhandlungen, zwischen einseitig die Interessen unterschiedlicher und kleinerer Bevölkerungsgruppen vertretenden Parteien geschehen. Das birgt die Gefahr, dass die Interessen einiger Gruppen völlig ausgeklammert werden, oder dass statt tragfähiger Kompromisse Komplementärlösungen gefunden werden, die den jeweiligen Partnern ihre „Spielwiesen“ lassen. Ich glaube somit schon, dass das Volksparteienkonzept weiterhin tragfähig und notwendig ist.

Dr. Herles: Was haben die Volksparteien an ihrer Misere selbst verschuldet - oder passen sie einfach nicht mehr in die Zeit?

Prof. Dr. Niedermayer: Es ist unbestreitbar, dass sie aufgrund von Prozessen des ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandels mit längerfristigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Veränderung der Berufsstruktur, die Mobilitätssteigerung, die zunehmende Globalisierung, der Säkularisierungsprozess, die Bildungsexpansion, und die Individualisierung der Gesellschaft haben zu einer Verringerung der Größe der traditionellen Kernwählerschaften und zu einer Erosion der sozialen Unterstützermilieus geführt. Damit einher ging eine Abnahme der langfristigen festen Parteibindungen. Das alles hat zu einem längerfristigen Abwärtstrend geführt, der jedoch durch die Parteien selbst verschärft, abgemildert oder sogar umgekehrt werden kann. Denn das Ausmaß an Wählerunterstützung, das ihren Volksparteienstatus wesentlich bestimmt, hängt nicht nur von langfristigen Parteibindungen, sondern immer stärker von den kurzfristigen Wahlverhaltensfaktoren im personellen und inhaltlichen Bereich ab. Wenn die Parteien den Wählern ein optimales personales Angebot machen und verlorengegangenes Vertrauen in ihre politische Problemlösungsfähigkeit zurückgewinnen, können sie auch heute noch deutlich höhere Werte erzielen.

Dr. Herles: Sollten sie sich wieder schärfer voneinander unterscheiden?

Prof. Dr. Niedermayer: Auf jeden Fall. Als Volksparteien müssen sie einerseits im Bereich der Mitte bleiben, um genügend Wähler ansprechen zu können, andererseits müssen sie sich aber hinreichend unterscheiden, um den Wählern inhaltliche Gründe zu liefern, sie zu wählen. Derzeit haben aber sehr viele Wähler und ich auch das Gefühl, dass die politischen Profile zu wenig trennscharf sind.

Dr. Herles: Bleiben die Unionsparteien auf Platz eins unangefochten?

Prof. Dr. Niedermayer: Die Union hat gegenüber der SPD einen strukturellen Vorteil durch die Tatsache, dass die längerfristigen Parteibindungen ungleich verteilt sind. Die Bindungen sind zwar insgesamt zurückgegangen, aber sie sind bei einem gewichtigen Teil der Wähler noch vorhanden und es sind deutlich mehr an die Union als an die SPD gebunden. Das bedeutet, dass die SPD die Union bei Bundestagswahlen nur vom Platz eins verdrängen kann, wenn die beiden Kurzfristfaktoren des Wahlverhaltens, die Orientierungen der Wäh-

ler gegenüber dem personellen und inhaltlichen Angebot, optimal zu ihren Gunsten wirken und die Union in beiden Bereichen schlecht aufgestellt ist. Das war im Verlauf der siebenjährigen Wahlgeschichte der Bundesrepublik nur zweimal der Fall: 1972 und 1998. Es spricht also vieles dafür, dass die Union auch in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit den Platz eins behalten wird.

Dr. Herles: Ist eine Rückkehr der Union zur 40-Prozent-Marke Illusion?

Prof. Dr. Niedermayer: In der Diskussion der letzten Wochen höre ich immer wieder die Aussage, die Union sehne sich nach der guten alten Zeit zurück, wo sie deutlich über der 40-Prozent-Marke war. Dabei wird allzu leicht vergessen, dass diese „alte Zeit“ gerade einmal gut drei Jahre her ist: Bis zur Flüchtlingsentscheidung Angela Merkels im Herbst 2015 lag die Union nämlich in den Umfragen bei 41-42 Prozent. Eine Rückkehr zu dieser Marke wird aber schwer werden, weil seither das Grundvertrauen vieler Wähler des konservativen Teils des Bürgertums in die CDU als „Law-and-order“-Partei verlorengegangen ist und die Personalquerelen sowohl zwischen CSU und CDU als auch innerhalb der CSU auch die Schwesterpartei viel Vertrauen gekostet haben.

Dr. Herles: Was müsste geschehen?

Prof. Dr. Niedermayer: Die personelle Erneuerung ist in beiden Parteien auf den Weg gebracht, das ist eine Grundvoraussetzung. Inhaltlich muss die CSU dem Gefühl der Abgehobenheit entgegenwirken, indem sie sich wieder stärker an den konkreten Sorgen, Interessen und Bedürfnissen der bayerischen Bevölkerung ausrichtet. Ihre Schwesterpartei, die CDU, ruht inhaltlich seit jeher auf drei Säulen, die das Wertefundament der Partei bilden: dem christlichen Menschenbild, dem wirtschaftspolitischen Liberalismus und dem gesellschaftspolitischen Konservatismus. Angela Merkel hat dieses Fundament wesentlich verändert, indem sie die Partei sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch nach „links“ rückte. Damit hatte sie auch lange Zeit Erfolg. Mit ihrer Flüchtlingspolitik hat sie jedoch den „Akzeptanzkorridor“ im gesellschaftspolitischen Bereich nach Ansicht vieler konservativ orientierter Wählerinnen und Wähler verlassen, was zu einer massiven Abwanderung führte. Die CDU wäre daher gut beraten, eine moderate Kurskorrektur vorzunehmen um die Säulen ihres Wertefundaments wieder besser auszubalancieren.

Dr. Herles: Ist die SPD weiter im freien Fall?

Prof. Dr. Niedermayer: Es gibt Anzeichen, dass mit den erneuten Wahlniederlagen bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Talsohle erreicht sein könnte. Das bedeutet aber nicht, dass es automatisch wieder aufwärts geht. Personell ist die Partei in einer schwierigen Lage: Andrea Nahles ist innerparteilich angeschlagen und ihre Bewertung durch die Wähler ist im negativen Bereich. Olaf Scholz hat bessere Werte, aber das liegt größtenteils an seiner Rolle als Finanzminister und zudem hat er in der Partei viele Gegner. Inhaltlich befindet sich die Partei in einem Erneuerungsprozess, der jedoch bald abgeschlossen sein müsste, damit sich die schlechten Umfragewerte nicht verfestigen. Zudem lauern auch dort viele Fallstricke: Die völlige Abkehr von Hartz IV

z.B. ist aus innerparteilicher Sicht notwendig, um die Partei endlich von ihrem Trauma zu befreien. Mit dem jetzt angedachten Konzept der weitgehend sanktionsfreien Grundsicherung begibt sie sich aber bei ihrer Stammklientel, die mehrheitlich nicht aus Hartz IV-Empfängern besteht, sondern aus Menschen, die durch ihre Arbeit die Steuereinnahmen schaffen, die die SPD verteilen will, auf dünnes Eis.

Dr. Herles: Wäre der Austritt aus der Großen Koalition eine Chance für die Partei?

Prof. Dr. Niedermayer: Von den Befürwortern des Austritts wird dies als Allheilmittel hingestellt. Die SPD müsse sich in der Opposition regenerieren, um neue Stärke zu gewinnen. Das muss aber nicht unbedingt funktionieren, wie das Beispiel der bayerischen SPD zeigt, die nach 60 Jahren Regenerationszeit bei 9,7 Prozent landete. Zudem ändert der Gang in die Opposition nichts an den personellen und inhaltlichen Problemen der Partei und ist angesichts von Umfragewerten um die 14 Prozent ein gefährliches Unterfangen.

Dr. Herles: Sind die Grünen auf dem Weg zur neuen Volkspartei?

Prof. Dr. Niedermayer: Nein. Ihr momentaner Höhenflug hat viele Gründe: das gute Spitzenpersonal, die geschlossene, nicht mehr von Flügelkämpfen geprägte Außendarstellung, die Relevanz ihres Markenkerns Umwelt und Klimawandel und die Tatsache, dass sie von der gesellschaftlichen Spaltung und Polarisierung in der Flüchtlingsfrage profitieren, weil sie den progressiv-liberalen, multikulturell orientierten Pol der gesellschaftlichen Konfliktlinie bilden. Das verwehrt ihnen aber den Volksparteienstatus. Zudem bleibt abzuwarten, wie ihre bundesweiten Umfragewerte nach den drei ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst nächsten Jahres aussehen, wo sie darum kämpfen, sicher in die Landtage zu kommen.

Dr. Herles: Ist bei diesen Landtagswahlen der Vormarsch der AfD noch zu stoppen?

Prof. Dr. Niedermayer: In Ostdeutschland ist die AfD deutlich stärker als im Westen. Sie hat gute Chancen, bei den Landtagswahlen den zweiten Platz zu erreichen, vielleicht sogar beim Kampf um die stärkste Partei mitzuspielen. Ihr Abschneiden wird zum einen wesentlich von der weiteren Entwicklung ihres Markenkerns, der Flüchtlingsfrage und der Integrationsprobleme, abhängen, zum anderen aber auch von der Strategie der anderen Parteien. Die müssen klare eigene Positionen entwickeln, sie den Wählern deutlich machen und sich inhaltlich klar von den AfD-Positionen abgrenzen, ohne deren Wähler pauschal auszugrenzen.

Dr. Herles: Herr Professor Niedermayer, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

VITA - Professor Dr. Urich von Alemann



geb. am 17.8.1944 in Seebach/Thüringen, 1949 aufgewachsen in Krefeld und Köln, dort 1964 Abitur, verheiratet, 2 Söhne.

Studium ab 1966 in Münster, ab 1967 in Bonn und Köln Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Staatsrecht und Publizistik. 1969/70 Studienjahr an der University of Alberta in Edmonton, Kanada, dort Master of Arts in Political Science 1971; Dr. phil. an der Universität Bonn 1973, Betreuer Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher.

Berufsweg: wiss. Assistent an der Universität Bonn im Fach Politikwissenschaft 1972-1977, Berufung als wissenschaftlicher Rat und Professor für Politikwissenschaft (H 3) an der Pädagogischen Hochschule Rheinland in Neuß 1978-1980; Professor (C 3) an der Universität Gesamthochschule Duisburg 1980- 1984; Universitätsprofessor (C 4) an der FernUniversität Hagen 1984-1998, Lehrstuhlinhaber Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 1998-2012.

Akademische Selbstverwaltung: u.a. Dekan an der FernUniversität Hagen 1986-1988; Prodekan und Dekan der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2004-2009; dort Prorektor für Lehre und Studienqualität 2009-2012; emeritiert, seitdem weiterhin Forschung und Lehre sowie Sonderaufgaben des Rektorates; Mitglied des Beirat für Universitätsförderung.

Arbeitsschwerpunkte: Demokratietheorie und Politiktheorie, Methoden, Parteien-, Verbände- und Gewerkschaftsforschung, Politische Korruption, Politik und Technik, Landespolitik NRW

Forschungsinstitutionen: u.a. Vorstandsmitglied des Projektträgerinstitutes für das NRW Landesprogramm „Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung“ 1985 - 1995; Mitgründer und stellv. Direktor des „Instituts für deutsche und internationale Parteienforschung und Parteienrecht“ (PRuF) ab 2001; Gründer der „Forschungsinitiative NRW in Europa“ (FINE) ab 1999.

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW): Mitglied des Beirates von 1974-1979; Chefredakteur der Politischen Vierteljahresschrift 1979- 1985; Vorsitzender des Arbeitskreises Parteien, Parlamente, Wahlen 1974-1979, Vorsitzender des Arbeitskreises Verbändeforschung 1994-1997; stellv. Vorsitzender der DVPW 1997-2003; Mitglied der Ethik-Kommission seit 2017.

Publikationen: Veröffentlichung von über 35 Fach- und Lehrbüchern; über 200 Fachaufsätze; zahlreiche Beiträge in Presse, Radio und Fernsehen.

Praxiserfahrungen: Politikberatung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Landes- und Bundesregierungen, Bundespräsidenten

VITA - Professor Dr. Oskar Niedermayer


Oskar Niedermayer wurde am 22. August 1952 in Schönau bei Heidelberg geboren. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

Nach dem Abitur am Hohenstaufengymnasium in Eberbach studierte er von 1971 bis 1973 Betriebswirtschaftslehre und von 1973 bis 1977 Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim. Dort machte er 1977 seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt mit einer Arbeit zur „Analyse der wissenschaftlichen Diskussion über soziopolitische Wirkungen multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern“, promovierte 1988 über das Thema „Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“ und habilitierte sich 1988 im Fach Politische Wissenschaft mit einer Arbeit über innerparteiliche Partizipation.

Von 1978 bis 1983 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1983 bis 1988 Hochschulassistent und von 1988 bis 1993 Hochschuldozent für Politische Wissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und von 1988 bis 1993 Direktor des Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS). Nach einem Lehrauftrag an der Universität Kaiserslautern und Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Konstanz (Prof. Lehmbruch) und Heidelberg (Prof. v. Beyme) wurde er 1993 an der Freien Universität Berlin zum Professor für Politische Wissenschaft ernannt und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Oktober 2017.

Er war von 1994 bis 1999 Dozent im Rahmen des Ausbildungsprogramms des Auswärtigen Amtes für mittel- und osteuropäische Diplomaten im Bereich „Politisches System der Europäischen Union“, von 1994 bis 1996 Dozent im Rahmen des Weiterqualifizierungsprogramms brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich „Politisches System Deutschlands“, von 1990 bis 1996 Vorstandsmitglied und Sprecher der politikwissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), von 1990 bis 2015 Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, von 1995 bis 2017 Official Representative des ECPR an der FU Berlin. Er war 1979/1980 Stipendiat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für Forschungsarbeiten über die europäische Integration und erhielt 1977 für seine Diplomarbeit den Preis der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar

In Forschung und Lehre spezialisierte er sich vor allem auf die Politische Soziologie, insbesondere die nationale und europäisch vergleichende Parteien- und Wahlforschung sowie die Erforschung der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Zu seinen zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen zählen z.B. die Monografien „Bürger und Politik“ (2. Aufl. 2005), „Wahlen und Parteiensystem in Berlin“ (2017), die Herausgabe einer Buchreihe mit 5 Bänden über die Parteien nach den Bundestagswahlen von 1998 bis 2013 und die Herausgabe des „Handbuchs Parteienforschung“ (2013).

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Der Förderverein wurde am 13. Oktober 2015 gegründet und am 21. Februar 2017 ins Vereinsregister eingetragen.

Zweck des Vereines ist, die Erinnerung an den Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer zu bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie zu leisten.

Der Otto Kirchheimer-Preis wird alle zwei Jahren vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates unter dem Vorsitz von Professor Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Meyers (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) verliehen. Mit dem Preis sollen Wissenschaftler gewürdigt werden, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit um die Demokratie und Parteienforschung verdient gemacht haben oder mit ihren Forschungsergebnissen die Demokratie- und Parteienforschung um neue Erkenntnisse bereichert haben.

Der Preis wurde erstmalig am 24. November 2015 zum 50. Todestag von Otto Kirchheimer am 22. November 2015 verliehen. Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015 war Professor Dr. Ulrich von Alemann (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), ein Nestor der Demokratie und Parteienforschung in Deutschland und Leiter des „Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung“ an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

Der Otto Kirchheimer-Preis 2017 wurde am 10. November 2017 an Professor Dr. Oskar Niedermayer (Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin) und Leiter der Arbeitsstelle „Empirische Politische Soziologie/Otto-Stammer-Zentrum“ verliehen, der wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler die neuere Diskussion um Grundlagen und Strukturen, Leistungen, Defizite und Zukunftsperspektiven der deutschen politischen Parteien geprägt hat.

Die Mitgliedschaft im Förderverein steht jedermann offen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 48,00 Euro und kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vorstand des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V.

1. Vorsitzender:	Harald Frieze
Stellvertretende Vorsitzende:	Alexander Throm MdB Rainer Hinderer MdL
Schriftführerin:	Gudrun Hotz-Frieze
Schatzmeisterin:	Susanne Bay MdL

Wissenschaftlicher Beirat:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Meyers
Weitere Mitglieder:	Prof. Dr. Ulrich von Alemann Prof. Dr. Ralf Kleinfeld Prof. Dr. Christhard Schrenk

SATZUNG - Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V.“
2. Er hat seinen Rechts- und Verwaltungssitz in Heilbronn.
3. Er ist im Vereinsregister, Amtsgericht Stuttgart (Registergericht) unter Nummer 722876 eingetragen.
4. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

1. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Der Verein möchte die Erinnerung an den Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Otto Kirchheimer bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie leisten.
2. Mittel zur Erreichung des Zweckes sind insbesondere:
 - a) Verleihung eines Otto Kirchheimer-Preises für hervorragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Demokratie- und Parteienforschung, der alle zwei Jahre verliehen wird und mit 10 000 € dotiert ist.
 - b) Durchführung eines wissenschaftlichen Symposions im Rahmen der Preisverleihung zum Thema Demokratie- und Parteienforschung sowie Herausgabe eines Tagungsberichtes über dieses Symposium,
 - c) Förderung wissenschaftlicher Arbeiten und anderer Publikationen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 2.
3. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er lässt sich in seiner Tätigkeit nur von ideellen Gesichtspunkten leiten. Er betätigt sich auf gemeinnütziger Grundlage und erstrebt keinerlei Gewinn.
4. Mittel des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e. V. dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a) ordentlichen Mitgliedern,
 - b) Ehrenmitgliedern,
 - c) fördernden Mitgliedern.
2. Die ordentliche Mitgliedschaft natürlicher und juristischer Personen ist schriftlich zu beantragen. Der Antrag muss von mindestens zwei ordentlichen Mitgliedern, die natürliche Personen sein müssen, befürwortet werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
3. Ehrenmitglieder werden auf einstimmigen Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie haben alle Rechte eines ordentlichen Mitglieds.
4. Die Mitgliedschaft erlischt durch:
 - a) Tod,
 - b) Austritt, der dem Vorstand mindestens ein Vierteljahr vor Ablauf des Geschäftsjahres schriftlich mitzuteilen ist und der am Ende des Geschäftsjahres wirksam wird,
 - c) Ausschluss.

-
5. Natürliche und juristische Personen, die sich bereit erklären, die Ziele des Vereins zu unterstützen, können fördernde Mitglieder werden. Für die Aufnahme und den Ausschluss gelten die Vorschriften über die ordentlichen Mitglieder entsprechend.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder haben das Recht, Veranstaltungen des Vereins zu besuchen.
2. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder des Vereins
 - haben das aktive und passive Wahlrecht für alle Organe des Vereins,
 - wirken an der Bestellung von Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Satzung mit,
 - haben das Recht, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen,
 - haben das Recht, Anträge bei der Mitgliederversammlung und an den Vorstand zu stellen.
3. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder, die an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmen können, haben die Möglichkeit, durch schriftliche Vollmachtserteilung anderen Mitgliedern, die eine natürliche Person sein müssen, ihr Stimmrecht zu übertragen. Sie gelten dann als anwesend. Einem Mitglied kann nur eine Stimme übertragen werden. Das eigene Stimmrecht bleibt davon unberührt.
4. Die ordentlichen und fördernden Mitglieder sind verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, soweit sie hiervon nicht vom Vorstand befreit worden sind.
5. Kein Mitglied erhält Anteile an eventuellen Überschüssen und in der Eigenschaft als Mitglied auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

§ 5 Ausschluss eines Mitgliedes

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann in folgenden Fällen durch Beschluss des Vorstands erfolgen:
 - a) Verletzung der Interessen des Vereins,
 - b) Säumnis der Beitragspflicht trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus,
 - c) sonstige wichtige Gründe.
2. Den Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds kann jedes Mitglied stellen. Der Vorstand hört vor der Beschlussfassung das Mitglied, gegen das ein Ausschlussantrag gestellt wurde, an. Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied mit eingehender Begründung schriftlich bekannt zu geben. Gegen den Beschluss ist binnen vier Wochen Beschwerde an das Schiedsgericht (§ 12) zulässig.

§ 6 Jahresbeitrag

Der von der Mitgliederversammlung beschlossene Jahresbeitrag ist mit Beginn des Geschäftsjahres fällig.

§ 7 Organe und Einrichtungen des Vereins

Organe und Einrichtungen des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand,
3. der Wissenschaftliche Beirat,
4. die Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen,
5. das Schiedsgericht,
6. die Ausschüsse
7. die Geschäftsstelle.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben und Befugnisse:
 - a) Wahl des Vorstandes (§ 9 Abs.1),
 - b) Wahl der Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen (§ 11),
 - c) Wahl eines Obmanns/einer Obfrau für das Schiedsgericht (§ 12)
 - d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und dessen Entlastung,
 - e) Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
 - f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Abberufung des Vorstands; diese Beschlüsse bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen, wobei Stimmenthaltungen nicht mitgezählt werden.
 - g) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§ 16).
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung wird alle zwei Jahre jeweils zum Schluss des Kalenderjahres, spätestens aber drei Monate nach Schluss des Kalenderjahres, durch den Vorsitzenden / die Vorsitzende des Vereins einberufen. Die Mitglieder sind unter Angabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vorher schriftlich einzuladen. Die Versendung der Einladung und beigefügter Unterlagen kann auch in elektronischer Form per Mail erfolgen.
3. Der/die Vorsitzende kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er / sie ist hierzu verpflichtet, wenn der Vorstand dies beschließt oder ein Drittel der ordentlichen Mitglieder dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe schriftlich beantragt. Für die Ladung gilt § 8 Abs. 2, Satz 2.
4. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führt der/die Vorsitzende, bei seiner / ihrer Verhinderung eine/r der stellvertretenden Vorsitzenden.
5. Jedes anwesende Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Die Möglichkeit der Stimübertragung nicht anwesender Mitglieder regelt § 4 Abs. 3.
6. Sofern durch Gesetz oder Satzung nichts anderes vorgesehen ist, werden die Beschlüsse der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht.
7. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter / der Versammlungsleiterin und vom Schriftführer / von der Schriftführerin zu unterzeichnen ist.

§ 9 Vorstand

1. Dem Vorstand gehören an:
 - a) der/die Vorsitzende,
 - b) zwei stellvertretende Vorsitzende,
 - c) der Schatzmeister / die Schatzmeisterin,
 - d) der Schriftführer / die Schriftführerin
 - e) bis zu 6 Beisitzer / Beisitzerinnen,
 - f) der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats (als Gast, ohne Stimmrecht).
2. Der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates nimmt an den Vorstandssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teil.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende, und die stellvertretenden Vorsitzenden. Der/die Vorsitzende ist mit einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden vertretungsberechtigt.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.
5. Wiederwahl ist zulässig.

-
6. Der Vorstand führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch.
 7. Der Vorstand erlässt eine Geschäftsordnung und schlägt der Mitgliederversammlung eine Wahlordnung vor.
 8. Der Vorstand kann Ausschüsse für einzelne Arbeitsgebiete oder besondere Aufgaben aus den Reihen der Mitglieder des Vereins bestellen.
 9. Der Vorstand erledigt alle Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.
 10. Der/die Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes und stellt hierfür die Tagesordnung auf. Der/die Vorsitzende oder sein Vertreter / seine Vertreterin können an den Sitzungen aller Gremien teilnehmen. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden. Der Vorstand kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
 11. Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Notwendige Aufwendungen werden ersetzt.
 12. Dies gilt auch für die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates und für Mitglieder gemäß § 3 Abs. 1, sofern diese im Auftrag des Vereins tätig werden.

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

1. Der Wissenschaftliche Beirat fördert die in § 2 aufgeführten Ziele des Vereins. Er berät den Vorstand in allen wissenschaftlichen Fragen.
2. Der Wissenschaftliche Beirat schlägt dem Vorstand einen Preisträger/eine Preisträgerin für den alle zwei Jahre zu verleihenden Otto Kirchheimer-Preis ab dem Jahre 2017 vor.
3. Der Vorstand beschließt über den Preisträger/die Preisträgerin im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat.
4. Der Wissenschaftliche Beirat soll mindestens 5 Mitglieder, höchstens 11 Mitglieder haben. Die Mitglieder werden vom Vorstand auf die Dauer von sechs Jahren auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats berufen. Dies gilt nicht für die Berufung der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats nach Gründung des Vereins. Diese werden vom Vorstand berufen.
5. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Vorstand und im Wissenschaftlichen Beirat ist nicht möglich.
6. Der Wissenschaftliche Beirat wird nach Bedarf, aber mindestens alle zwei Jahre, von seinem / seiner Vorsitzenden einberufen. Er kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz und Satz 3 gelten entsprechend.
7. Der Wissenschaftliche Beirat wählt seinen Vorsitzenden / seine Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden / die Stellvertretende Vorsitzende aus den Reihen seiner Mitglieder.
8. Falls der / die Vorsitzende verhindert ist, nimmt der / die stellvertretende Vorsitzende seine / ihre Aufgaben und Befugnisse wahr.
9. Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 11 Rechnungsprüfung

Die Überprüfung der Haushaltsführung des Vereins obliegt drei Rechnungsprüfern / Rechnungsprüferinnen. Sie werden von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 12 Schiedsgericht

1. Das Schiedsgericht ist zuständig für Beschwerden gegen einen Ausschluss; es besteht aus einem Obmann / einer Obfrau und vier Schiedsrichtern / Schiedsrichterinnen. Es entscheidet nach vorheriger Anhörung des Vorstandes und des vom Ausschluss betroffenen Mitglieds. Das Schiedsverfahren kann auch schriftlich durchgeführt werden.
2. Jede der beiden Parteien benennt zwei Schiedsrichter / zwei Schiedsrichterinnen binnen vier Wochen nach Anrufung des Schiedsgerichts. Wird die Benennung von einer Partei nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann das Schiedsgericht auch ohne diese Schiedsrichter/ Schiedsrichterinnen verhandeln und entscheiden.

§ 13 Beschlussfähigkeit

Alle kollegialen Organe und Einrichtungen sind, soweit es nicht anders bestimmt ist, bei ordnungsgemäßer Einberufung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig, soweit diese mindestens drei beträgt.

§ 14 Geschäftsstelle

Der Vorstand kann eine Geschäftsstelle einrichten. Auf Vorschlag des/der Vorsitzenden wird ein Geschäftsführer / eine Geschäftsführerin vom Vorstand bestellt. Die Aufgaben der Geschäftsstelle und die Aufgaben und Befugnisse des Geschäftsführers / der Geschäftsführerin sind in einer Geschäftsordnung geregelt, die der Vorstand beschließt.

§ 15 Auflösung und Vermögensübergabe

1. Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Die Einladung des/der Vorsitzenden zu der Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss acht Wochen vor der Sitzung schriftlich erfolgen. Der Nachweis der erfolgten Einladung gilt als geführt, wenn er / sie eine schriftliche Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung den Mitgliedern zugesandt hat.
2. Die Mitgliederversammlung gem. § 15 Abs. 1 ist zur Auflösung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so hat die Einberufung einer zweiten Mitgliederversammlung mit vierwöchiger Einladungsfrist zu erfolgen. Diese zweite Mitgliederversammlung spätestens 8 Wochen nach der ersten Mitgliederversammlung stattfinden.
3. Die zweite Mitgliederversammlung kann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitgliedern die Auflösung beschließen.
4. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Anwesenden.
5. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Heilbronn, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Mitglieder erhalten keinerlei Rückzahlungen, Rückgaben oder Zuwendungen. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins ist Eigentum Dritter an diese zurückzugeben.

Fassung gem. Beschluss Mitgliederversammlung vom 22.12.2016

Förderverein OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Frieze
Wilhelm-Blos-Straße 53 · 74076 Heilbronn
Tel. 07131-17 79 15 · Fax 07131-16 05 95
hotz-frieze@t-online.de

**OTTO
KIRCHHEIMER
PREIS**



Bankverbindung: Kreissparkasse Heilbronn
IBAN DE13 6205 0000 0000 4119 50 · BIC HEISDE66X

Ich/Wir möchte/n Mitglied des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. werden.

Vorname Nachname

Straße PLZ/Wohnort

Telefon E-Mail

Geburtsdatum Beruf

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Bundesdatenschutzgesetz § 28 (9) vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. ausschließlich für interne Vereinszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich/Wir zahle/n für meine/unsere Mitgliedschaft einen steuerlich absetzbaren Jahresbeitrag gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 13. Oktober 2015 in Höhe von 48,00 Euro.

Ort/Datum Unterschrift

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers:

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Wilhelm-Blos-Str. 53, 74076 Heilbronn

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE90ZZ00009935

Mandatsreferenz (Vom Zahlungsempfänger auszufüllen):

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige/Wir ermächtigen (A) den Zahlungsempfänger, den Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Zahlungen von meinem/unsere Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich (B) weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger auf mein/unsere Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unsere Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. **Fälligkeitstermin** für den Einzug des Jahresmitgliedsbeitrages: 1. Werktag im Monat Juli des laufenden Kalenderjahres

Name des Zahlungspflichtigen (Kontoinhaber)

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN BIC

Ort/Datum Unterschrift des/der Zahlungspflichtigen



Förderverein
OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Friese
Wilhelm-Blos-Straße 53
74076 Heilbronn
Tel. 07131-17 79 15
Fax 07131-16 05 95
hotz-friese@t-online.de